WWW.DIEWIRTSCHAFT-KOELN.DE | AUSGABE 01.22

DIE WIRTSCHAFT

DAS WIRTSCHAFTS-MAGAZIN FÜR KÖLN UND DIE REGION

EIN HOHER PREIS

Wie umgehen mit der Inflation?

KLASSISCHE PR VS. ONLINE-MARKETING

Experten diskutieren

DÄMPFER FÜR KONJUNKTUR

Preissteigerungen bremsen Aufschwung

Foto: photoschmidt-stock.adobe.com

Nähe zum Mandanten

Eine der besonderen Stärken der Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH ist die Nähe zu ihren Mandanten. Unsere vor Ort in Köln tätigen Beraterinnen und Berater sind nicht nur mit den Bedürfnissen der in der Region ansässigen Großunternehmen vertraut, sondern auch mit den Erwartungen der inhabergeführten mittelständischen Unternehmen. Sprechen Sie uns an!

Ihr Ansprechpartner: Dr. Detlef Mäder
Telefon + 49 221 9937 25711, detlef.maeder@luther-lawfirm.com

Bangkok, Berlin, Brüssel, Delhi-Gurugram, Düsseldorf, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Jakarta, Köln, Kuala Lumpur, Leipzig, London, Luxemburg, München, Shanghai, Singapur, Stuttgart, Yangon

Rechts- und Steuerberatung | www.luther-lawfirm.com

unyer GLOBAL ADVISORS

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

der römische Dichter Juvenal hat im 1. Jahrhundert nach Christus mit seinen drei Wörtern „Panem et Circensis“ – also Brot und Zirkusspiele – eine Aussage getroffen, die wohl aktueller denn je ist. Denn übersetzt verbirgt sich hinter dem satirischen Spruch auch heute noch die Strategie politischer Machthaber, das Volk mit Wahlgeschenken und eindrucksvoll inszenierten Großereignissen bzw. der Hinlenkung zum Konsum von wirtschaftlichen oder politischen Realitäten, Zielen oder Problemen abzulenken.
Im römisch geprägten Köln geht man in Zeiten von „Pandemie et Circensis“ wie immer seinen eigenen Weg. Zum Beispiel der Zugweg. Der führt diesmal nicht durch die Innenstadt, sondern einmal durch das Colosseum, äh RheinEnergieSTADION. In der 50.000 Zuschauer fassenden Arena dürfen immerhin 8.800 Jecke dabei sein und Prinz, Bauer und Jungfrau zujubeln. Inklusive Brot in Form einer leckeren Stadionwurst.
Immerhin ein Fortschritt. Denn die Gladiatoren des 1. FC Köln haben in den vergangenen Wochen alles erlebt. Von der vollen Hütte gegen Mönchengladbach bis zum Spiel vor gänzlich leeren Rängen. Dem Fußballfan erschließt sich in keinster Weise mehr, welche Regel wann gilt und wie angewendet wird. Und in gleichem Maße sind die vielen weiteren Regelungen und Verbote in Zusammenhang mit Corona dem römischen Kölner nur noch schwer vermittelbar. Für die tollen Tage hat sich Köln – wie auch viele weitere Kommunen – dazu entschlossen, das Stadtgebiet als „Brauchtumszone“ auszuweisen. „Bereiche, in denen durch das brauchtumsbedingte Zusammentreffen einer Vielzahl von Menschen von erhöhten Infektionsrisiken auszugehen ist“ (Stadt Köln). Also keine Partymeilen, sondern Zonen im öffentlichen Raum zum Zwecke des geselligen Zusammenseins nur unter 2G+-Voraussetzungen.
Lange Monate konnte mit Brot und Spielen nicht gedient werden. Der Einzelhandel dicht, die Kneipen geschlossen, Menschen unter Quarantäne und zahlreiche Geschäfte, die ihre letzten finanziellen Reserven in die Waagschale warfen, um am Ende doch Konkurs anmelden zu müssen. Auch weil zugesagte Leistungen – Thema Wahlgeschenke – ausblieben.
Da kann es schon mal sein, dass die Psyche einen abbekommt. Da wird der Gutwillige zum Mutwilligen oder gar zum Wutwilligen, sprich Querdenker oder auch zum sinnfreien Spaziergänger. So wie wir Deutschen dem Covid-19-Virus am Anfang entschlossen Paroli geboten haben, so verzetteln wir uns heuer in Regulierungswut und Bürokratie. Die volkswirtschaftlich völlig überzogene schädigende Rücksicht auf gewisse Pfründe macht sich ebenso bemerkbar wie der fehlende Weitblick eines nicht existierenden Plans B und zeigt besonders deutlich das völlige Versagen der politisch Verantwortlichen auf. Kurzarbeit und ansatzweiser Ausgleich der Verluste der vielen betroffenen Branchen und Betriebe sind dafür nur ein schwacher Trost.
Daher macht es angesichts der eher endemischen Omikron-Variante absolut Sinn, in Köln dem Karneval wieder mehr Freiräume zu verschaffen. Ansonsten bekämen die Kölner Querdenker noch mehr Zulauf. Und das wäre wirklich kontraproduktiv. 14 Tage nach Rosenmontag wissen wir, wer recht hatte: Lauterbach oder Kuckelkorn.
Titelthema Inflation. Zwei Prozent sind gut, fünf Prozent, wie sie derzeit rund um den Globus herrschen, sind schlecht. Und sie trifft alle, egal ob arm, ob reich. Wobei reich sich dabei weniger einen Kopf machen muss, wenn er an der Tanke plötzlich fünf Euro mehr für eine Füllung zahlt. Sie trifft diejenigen zuerst und besonders hart, die sowieso nicht viel haben. Wobei wir wieder beim „Panem“ wären. Der Staat oder die Stadt sollten unbürokratisch die unterstützen, die eine Inflation nicht so leicht abfedern können.

Herzlichst

Eugen Weis, Herausgeber

Reguvis

Unsere **Zertifikatslehrgänge** im Bereich Außenwirtschaft, Zoll und Exportkontrolle

Seminare, Webinare, Netzwerk-Veranstaltungen sowie Inhouse und Beratungsangebote – die Reguvis Akademie ist der Partner in jeder Phase Ihrer beruflichen Entwicklung. Gemeinsam mit unseren Referent:innen garantieren wir Ihnen exzellentes Know-how sowie aktuelle und versierte Lerninhalte.

Zollfachwirt/in (brav)®

Exportkontrollfachwirt/in (brav)®

Die Praxis des Zollrechts

AW NEXT Fernlehrgang Manager/in Zoll

Bleiben Sie up to date mit dem Reguvis AKADEMIE Newsletter:
www.reguvis.de/newsletter

www.reguvis.de/akademie |
veranstaltungen@reguvis.de |
Tel: 0221 – 97668 – 8080

HIGHLIGHTS DIESER AUSGABE

Foto: photoschmidt-stock.adobe.com

RASANTE PREISSTEIGERUNGEN

Wie umgehen mit der Inflation?

.....ab Seite 06

Foto: RWE AG, Joerg Mettlach

AUFGABE: NEUE ARBEITSPLÄTZE

Zukunftsagentur Rheinisches Revier

.....ab Seite 12

Foto: gandolf-stock.adobe.com

KAMPF GEGEN KLIMAWANDEL

Was die Bundesregierung vorhat

.....ab Seite 14

IMPRESSUM

Verlag und Herausgeber:
Weis Wirtschaftsmedien GmbH
Eugen Weis
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Telefon 0221.4743924
info@diewirtschaft-koeln.de
www.diewirtschaft-koeln.de

Objekt- und Anzeigenleitung:
Alex Weis
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Telefon: 0221.4743924
anzeigen@diewirtschaft-koeln.de

Redaktionsleitung:
Matthias Ehlert (ViSdP)
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
redaktion@diewirtschaft-koeln.de

Redaktion:
Matthias Ehlert *(me)*, Heribert Eiden *(he)*, Monika Eiden *(mei)*, Christian Esser (ce), Jana Leckel (jl), Astrid Waligura *(aw)*, Eugen Weis *(ew)*

Jahrgang: 7, Heft 1/2022

Auflage: 17.000 Exemplare

Fotos: stock.adobe.com, Alex Weis, Envato, sowie Kunden und privat

Druck: Druckhaus DOC
Zeißstr. 23-27, 50171 Kerpen
Telefon: 02237.9757011

Gestaltung / Layout:
amannDESIGN
Humboldtstr. 60, 51379 Leverkusen
Telefon 02171.7053860
www.amanndesign.de

© Weis Wirtschaftsmedien GmbH 2022 - Nachdruck und Vervielfältigungen jeglicher Art, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages. Alle Urheberrechte liegen bei DIE WIRTSCHAFT / oder beim Verlag bzw. den Autoren. Auch Werbeschaltungen sind urheberrechtlich geschützt. Es gelten unsere AGBs. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Unser Verlag wird beraten und rechtlich vertreten durch: Rechtsanwälte Stiletto Wilhelm & Kollegen.

Foto: Claudio Heinzmann

PR VS. ONLINE-MARKETING

Experten diskutieren

..... ab Seite 20

Foto: m.mphoto - stock.adobe.com

KONJUNKTUR

Dämpfer für Betriebe

..... ab Seite 26

Foto: littlewolf1989 - stock.adobe.com

FACHKRÄFTEMANGEL

Ohne Migration geht nichts

..... ab Seite 34

WEITERE THEMEN:

Neue Grundsteuer ..... S. 22
Handel hofft auf Hilfe ..... S. 24
Digitales Büro gestalten ..... S. 25
NRW Wirtschaft ..... S. 32
Käse aus dem Labor ..... S. 42

... und vieles mehr ...

IMMER UP TO DATE

www.diewirtschaft-koeln.de

Hinweise: Es gilt die Anzeigenpreisliste aus November 2021. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Falle die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt DIE WIRTSCHAFT keine Haftung. Für fehlerhafte oder unterbliebene Angaben übernehmen wir keine Gewähr.
Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.
Es gelten unsere AGBs.

Copyright/ Urheberrecht: Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung von Weis Wirtschaftsmedien GmbH.
Alle Urheberrechte liegen bei DIE WIRTSCHAFT bzw. den Autoren. Auch Werbeschaltungen sind urheberrechtlich geschützt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Datenschutz/Disclaimer: Sie finden in unserer Print-Ausgabe an verschiedenen Stellen sogenannte QR-Codes. Diese ermöglichen Ihnen mit einer App für das Smartphone oder Tablet diese einzuscannen. Daraufhin werden Sie bequem direkt zu dem jeweiligen Online-Angebot weitergeleitet. Auf unserem Internetangebot finden Sie bspw. weiterführende Infos oder können direkt an Gewinnspielen teilnehmen. Dabei erheben wir Analysedaten für statistische Zwecke und zur Verbesserung unseres Angebots, die wir bspw. durch anonymisiertes Tracking erfassen. Es werden dabei keinerlei persönliche Daten erfasst oder an Dritte weitergegeben.
Weitere Informationen und die Möglichkeiten diese Datenerhebung zu unterbinden finden Sie online in unserer Datenschutzerklärung unter: www.diewirtschaft-koeln.de/datenschutzerklaerung
Zudem können Sie direkt auf Links klicken, die sich in unserer Ausgabe befinden (z.B. im E-Paper oder der PDF-Version). Der Verlag übernimmt dabei keine Haftung für etwaige Fehler oder Irrtümer und wir weisen daraufhin, dass allein die jeweiligen Seitenbetreiber für die Inhalte verantwortlich sind.

Stand Januar 2022

Bei **AMP**, **Local Based Services**, **Responsive-Design** oder **DSGVO** stehen Sie auf dem Schlauch?

KEIN PROBLEM!

SEARCH ENGINE OPTIMIZATION (SEO)
WEBSITE-BUILDING
SOCIAL MEDIA BETREUUNG
MARKETING
DSGVO-BERATUNG
E-COMMERCE
SEARCH ENGINE MARKETING (SEM)
MOBILE APPS

Ob lokaler Dienstleister, KMU, Start-up oder Großprojekt: Mit über 10 Jahren Erfahrung in der digitalen Welt, helfen wir auch Ihnen beim erfolgreichen Auf- oder Ausbau Ihrer Online-Präsenzen.

CityNEWS
CityNEWS Verlag
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Tel.: 0221 - 47 43 923
info@citynews-koeln.de

Foto: photoschmidt - stock.adobe.com

Über Jahre hinweg war die Inflation kein großes Thema, doch nun steigen seit Monaten die Preise rasant

EIN HOHER PREIS

Wie umgehen mit der aktuellen Inflation?

Die Inflationsrate in Deutschland ist so hoch wie seit etwa 30 Jahren nicht. Nicht nur hierzulande müssen Verbraucher und Unternehmen für dieselben Produkte immer tiefer in die Tasche greifen, besonders Energie und Treibstoff sind derzeit besonders teuer. Das Problem belastet die gesamte Weltwirtschaft. Die Frage: Ist das nur ein vorübergehendes Phänomen oder bleibt es bei diesem Trend oder wird es sogar noch schlimmer?

Über Jahre hinweg war die Inflation kein großes Thema und musste es auch nicht sein. Die Preissteigerungen in den vergangenen Jahren waren moderat, gleichzeitig stiegen die Löhne. In der Coronapandemie profitierten Verbraucher zudem von zwischenzeitlich verringerten Mehrwertsteuersätzen, die den Konsum ankurbeln sollten. Auch medial wurde das Thema fast gar nicht wahrgenommen. Gründe dafür gab es nicht. Diese Entwicklung hat sich nicht weiter fortgesetzt, im Gegenteil. Schon vor einigen Monaten wurde beispielsweise Brot deutlich teurer. Bei der Ernte von Weizen gab es Probleme in zahlreichen Regionen durch Ausfälle. Toastbrot, Nudeln und Co. kosten einige Cents mehr pro Packung, eine spürbare Auswirkung im Geldbeutel hat dies aber nicht unbedingt zur Folge. Anders ist dies insbesondere bei Energiepreisen. Seit einigen Monaten reißt man an den Tankstellen die Augen auf, weil man kaum glauben mag, wie teuer Benzin, Diesel und Co. sind. Wer aktuell seinen Heizöltank auffüllen lassen muss, braucht ebenfalls starke Nerven. Doch gab es bei den Energiepreisen zum Jahresende 2021 nicht mehr allzu hohe Sprünge, wie die Bundesbank mitteilt. Die Inflationsrate verharrt dennoch weiterhin auf sehr hohem Niveau. Im Dezember seien die Verbraucherpreise im Vergleich zum November 2021 nur noch etwas angestiegen, wie der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) zeigt. „Die Energiepreise gaben infolge der fallenden Rohölnotierung erstmals seit einigen Monaten spürbar nach“, berichtet die Bundesbank. Der Preisanstieg bei Dienstleistungen habe sich ebenfalls etwas abgeschwächt. „Nahrungsmittel verteuerten sich dagegen recht deutlich und bei Industriegütern ohne Energie blieb der Preisdruck, von Bekleidung abgesehen, hoch“, schreibt die Bundesbank in ihrem Monatsbericht. Die Inflationsrate sank gegenüber dem Vorjahr von insgesamt 6,0 Prozent auf 5,7 Prozent, liegt aber dennoch weiterhin auf einem hohen Niveau. Für das Gesamtjahr 2021 gibt der HVPI eine überdurchschnittlich hohe Preissteigerung an. Nach 0,4 Prozent im Jahr 2020 sei die HVPI-Rate im Jahr 2021 auf 3,2 Prozent gestiegen. Als Gründe gibt die Bundesbank Sondereffekte wie die Einführung des Klimapakets, die Erholung der Rohölpreise und die Rücknahme der zwischenzeitlichen Mehrwertsteuersätze an. Aufgrund von Lieferengpässen und daraus resultierenden Preisanpassungen zur Kompensation haben sich Dienstleistungen und Industriegüter ohne Energie merklich verteuert. „Da diese Faktoren auch ins neue Jahr hineinwirken, dürfte die Rate zu Jahresbeginn 2022 weiter außerordentlich hoch bleiben, obwohl die oben genannten Sondereffekte entfallen. Hinzu kommt, dass aufgrund der erheblich angestiegenen Marktnotierung für

Erdgas die entsprechenden Endkundentarife kräftig angehoben werden“, so die Einschätzung der Fachleute.

Weltwirtschaft von Inflation betroffen

Das Inflationsproblem betrifft nicht nur Deutschland, sondern den gesamten Euroraum und auch jenseits des Atlantiks in den USA zogen die Verbraucherpreise deutlich an. Über Monate hinweg haben die US-Notenbank FED und die Europäische Zentralbank EZB dem Treiben zugesehen. Doch nun wird der Druck größer zu handeln. Die FED will handeln, damit die Inflation kein dauerhaftes Problem in den USA wird. Sowohl FED als auch EZB haben in den vergangenen Monaten dabei zugesehen, wie sich Preise teils massiv erhöht haben, und haben die Lage als vorübergehende Lage beschrieben. Gründe für diese Haltung gibt es genügend, denn durch die Coronapandemie gab es Sondereffekte durch Lockdowns, gestörte Lieferketten, Öffnungen, neue Lockdowns und was sonst noch alles aus dem Takt geraten ist. Nachdem man nun lange das Treiben beobachtet hat, ist insbesondere die FED jetzt in der Situation, handeln zu müssen. Dreimal will man in diesem Jahr die Zinsen mindestens anheben, bei Bedarf sogar noch häufiger. Wertpapierkäufe sollen erst mal bis Ende März vollständig heruntergefahren werden. Das wird man auf den gesamten Weltmärkten spüren.

Und die EZB? Dort hält man sich noch relativ bedeckt und glaubt, dass sich die Problemlage schon wieder lösen wird. Doch die Zukunftsprognosen, muss selbst EZB-Chefin Christine Lagarde einräumen, sind von vielen Unsicherheiten geprägt. Zinserhöhungen sind nicht in Planung, selbst Strafgebühren, die die Geschäftsbanken auf Einlagen zahlen müssen, bleiben bestehen. Einzig bei den Wertpapierkäufen will man das Tempo drosseln, aber anders als die FED nicht vollständig stoppen. Im gesamten Euroraum sind die Verbraucherpreise im Durchschnitt um mehr als fünf Prozent nach oben geschnellt, in Frankreich etwas weniger, in anderen Staaten hingegen etwas stärker. Für Deutschland erwartet die Bundesregierung für das Jahr 2022 noch einmal eine hohe Inflation in Höhe von 3,3 Prozent, wie im aktuellen Jahreswirtschaftsbericht prognostiziert wird. Das würde damit das 2-Prozent-Ziel der EZB noch einmal deutlich übersteigen. Die Verbraucher dürften die erhöhten Verbraucherpreise noch einmal deutlich stärker spüren. Gleichzeitig reduzierte die Bundesregierung die Erwartungen für das Wirtschaftswachstum zuletzt. Kein Wunder, denn durch die hohe Inflation sinkt gleichzeitig die Kaufkraft. Das wird insbesondere die Betriebe treffen, die durch die Coronapandemie starke Einbußen hinnehmen mussten und darauf hoffen, dass sich nach der Omikron-Welle und anschließenden Lockerungen wieder mehr Kunden für ihre Dienstleistungen und Produkte interessieren und sie kaufen werden. Fragt sich nur, ob sie es sich dann noch leisten können und wollen oder weitere Investitionen lieber aufschieben.

Mindestlohn von 12 Euro eine Lösung?

Da klingt es für viele Menschen, gerade mit geringem Einkommen, gut, dass die Bundesregierung eine drastische Anhebung des Mindestlohns schon ab Oktober 2022 plant. Aktuell liegt dieser bei 9,82 Euro pro Stunde. Mit einem Mindestlohn von 12 Euro würde ein grundlegendes Wahlversprechen umgesetzt werden. Doch ist fraglich, ob diese Mindestlohnerhöhung nicht auch drastische Auswirkungen auf die Preise haben wird. Werden Arbeitnehmer teuer für Unternehmen, werden diese auch die Mehrkosten wieder erwirtschaften müssen und der einfachste Weg, dies zu tun, ist, die Preise für Dienstleistungen und Produkte zu erhöhen, was wiederum die Inflation anheizen würde. Je nachdem, wie hoch diese ausfallen, wäre der Effekt des höheren Arbeitslohns, auch wenn der Sprung von knapp unter zehn auf zwölf Euro massiv wäre, womöglich schnell wieder verpufft. Die Gefahr, dass sich Kaufpreise und Löhne immer weiter in die Höhe schaukeln, ist gegeben.

Ein wichtiger Faktor, um auch mit Inflationsraten über zwei Prozent dauerhaft klarzukommen, liegt in einer wachsenden Wirtschaft und steigenden Löhnen. Doch ob das auch wirklich wie erhofft eintritt, ist fraglich. Sogar das Gegenteil erscheint möglich, wenn an falschen politischen Stellschrauben gedreht wird. Im Interview mit der „Welt“ sieht Michael Hüther, Chef des IW Köln, sogar die Möglichkeit einer Stagflation: „Die steigenden Preise, die wir im Moment erleben, sind immer noch Folgen der Pandemie und der Probleme in den Lieferketten. Hinzu kommen politische Effekte, die Öl- und Gaspreise steigen lassen, und natürlich auch klimapolitische Maßnahmen. Der steigende CO_2-Preis schlägt auch auf die Inflation durch. Das ist der Moment. Über den Tag hinaus kann daraus etwas Besorgniserregendes entstehen. Europa droht eine Stagflation, wenn die Politik nicht aufpasst. Ich rede hier nicht über dieses oder kommendes Jahr, sondern weit in das Jahrzehnt hinein, das vor uns liegt. Eine längere Phase der Stagflation ist eine reale Gefahr.“

Christian Esser

Bei einer Stagflation wird die Lage brenzlig

Foto: photoschmidt - stock.adobe.com | Illustration: Maksim - stock.adobe.com

Foto: vegefox.com - stock.adobe.com | Illustration: Maksim - stock.adobe.com

Alles wird teurer - das Portemonnaie leer. Nun drohen auch Lebensmittel massiv teurer zu werden.

SOZIALER SPRENGSTOFF INFLATION?

Bund beschließt Einmalzahlung für Wohngeldberechtigte

Die Inflation trifft diejenigen zuerst und besonders hart, die sowieso nicht viel haben. Wer sowieso schon spart und jeden Euro mehrfach umdreht, kommt so schnell an die Grenzen des Machbaren. Einfach die Heizung abzudrehen, abends im Dunkeln zu sitzen oder auf Brot und Milch zu verzichten, darf keine Option sein. Muss der Staat handeln?

Ungewöhnlich deutlich sind die Verbraucherpreise in Deutschland angestiegen, im Dezember 2021 um über fünf Prozent, so stark wie seit Juni 1992 nicht mehr. Durch Sondereffekte war die Inflation im ersten Pandemiejahr 2020 rückläufig und lag bei -0,3 Prozent. Sondereffekte wirkten sowohl 2020 als auch 2021. Eine Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung IMK) der Hans-Böckler-Stiftung untersucht, wer vom aktuellen Inflationsgeschehen besonders stark betroffen ist. Die Berechnungen des Instituts zeigen, dass sich die Inflationsbelastung unterschiedlich auf unterschiedliche Haushaltstypen und Einkommenshöhen auswirkt. Die Ergebnisse zeigen: Zwar sind Haushalte mit geringem Einkommen prozentual eher weniger von der aktuellen Teuerungsrate betroffen. Die damit einhergehenden Problemstellungen ergeben sich aber erst auf den zweiten Blick. Denn diesen Haushalten fehlen finanzielle Rücklagen, um die großen Preisanstiege für Energie, Heizung und Nahrungsmittel abzufedern. Der Bund will besonders Haushalte, die Wohngeld beziehen, nun einmal entlasten.

Strom und Heizöl besonders teuer

Große Unterschiede ergeben sich aufgrund der Bereiche Verkehr, Haushaltsenergie und Nahrungsmittel. Kraft- und Schmierstoffe führten bei einem Paarhaushalt mit zwei Kindern und mittlerem Einkommen zu einer Teuerungsrate von 1,3 Prozent. Bei einer alleinlebenden Person mit geringem Einkommen lag die Teuerungsrate im konkreten Beispiel bei nur 0,4 Prozent. Gerade die verwendeten Energieträger sowie die benutzten Verkehrsmittel wirken sich anhand des Beispiels „Paarhaushalt mit mittlerem Einkommen“ in unterschiedlicher Art und Weise aus: Wird der Haushalt mit Gas beheizt und werden öffentliche Verkehrsmittel benutzt, liegt die Inflationsrate in diesem Fall bei 3,8 Prozent im Vergleich zu 5,5 Prozent für einen repräsentativen Haushalt derselben Gruppe. Die Spanne der berechneten haushaltsspezifischen Inflationsraten im Dezember 2021 liegt zwischen 4,4 und 5,5 Prozent. Besonders gering wirkte sich die Inflationsrate für eine alleinstehende Person mit einem Nettoeinkommen von unter 900 Euro aus.

Hier lag die Teuerungsrate bei 2,6 Prozent, der niedrigste Wert bei den Untersuchungen. Ein repräsentativer Paarhaushalt mit zwei Kindern mit einem geringen und einem mittleren Einkommen verzeichnete eine Inflationsrate von 3,3 Prozent im untersuchten Zeitraum. Aufgrund der Aktualität und der Problemstellung der Inflation in Deutschland will das Institut die Erhebungen zur Teuerungsrate für Haushalte künftig monatlich untersuchen. Insgesamt wurden acht unterschiedliche, repräsentative Haushaltstypen untersucht: Paarhaushalte mit zwei Kindern und niedrigem (2000–2600 Euro), mittlerem (3600–5000 Euro), höherem (mehr als 5000 Euro) monatlichem Haushaltsnettoeinkommen; Singlehaushalte mit niedrigem (unter 900 Euro), mittlerem (1500–2000 Euro), höherem (2000–2600 Euro) und hohem (mehr als 5000 Euro) Haushaltsnettoeinkommen sowie Paarhaushalte ohne Kinder mit mittlerem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 3600 und 5000 Euro monatlich.

Haushalte unterschiedlich stark belastet

„In den vergangenen Monaten ist die Inflation hochgeschnellt. Viele aktuell preistreibende Faktoren beruhen dabei auf coronabedingten Sondereffekten, wie auch die Preisentwicklung für das Jahr 2021 insgesamt zeigt, die mit 3,1 Prozent deutlich niedriger ist als die Monatszahlen zum Jahresende. Wir rechnen damit, dass sich die Inflation im laufenden Jahr wieder spürbar abschwächt. Trotzdem belastet die Teuerung die Haushalte in Deutschland. Und grundsätzlich haben Haushalte mit niedrigem Einkommen ein besonderes Problem, weil sie vor allem unverzichtbare Alltagsgüter kaufen und kaum Spielräume besitzen, ihr Konsumniveau durch Rückgriff auf Erspartes aufrechtzuerhalten“, sagt Dr. Silke Tober, die den monatlichen IMK Monitor konzipiert. „Grob zusammengefasst lässt sich schlussfolgern, dass die Inflation gegenwärtig nicht überproportional Haushalte mit geringeren Einkommen trifft“, so Tober. Die vergleichsweise niedrige Teuerungsrate bei Single-Haushalten mit geringem Einkommen erweise sich allerdings als zweischneidig – dies gehe über das Problem fehlender Rücklagen hinaus. Auf diese Haushaltstypen wirkt sich vor allem der erhebliche Preisanstieg bei Lebensmitteln und Haushaltsenergie aus. Das Problem ist deshalb besonders groß, weil bei beiden Bereichen kaum weitere Einschnitte möglich sind. Dass sich die Teuerungsrate für Single-Haushalte mit geringem Einkommen nicht noch deutlicher auswirkt, begründet die Studie damit, dass sich diese Menschen andere Waren und Dienstleistungen, die starke Preisanstiege zeigen, sowieso nicht leisten können. Darunter fallen Ausgaben für Benzin oder andere Ausgaben rund um das Thema Auto oder Reisen.

Für Paarhaushalte mit zwei Kindern und jeweils niedrigen Einkommen entstand eine Teuerungsrate von 5,3 Prozent. Gestiegene Preise für Lebensmittel, höhere Strom- und Heizkosten belasten die Menschen massiv, für diese Gruppe sind zudem die deutlich höheren Kraftstoffpreise von hoher Relevanz. Alleinstehende ohne Kinder mit sehr hohen Einkommen haben eine Mehrbelastung von 4,7 Prozent im Dezember erfahren müssen.

Zuschüsse gefordert

Besonders hoch ist die Belastung für Paarhaushalte mit mittlerem Einkommen, insbesondere wenn sie mit Heizöl heizen und mit einem Auto mit Verbrennungsmotor unterwegs sind. Bei dieser Kombination beläuft sich die Inflationsrate auf 5,9 Prozent. Heizt ein vergleichbarer Haushalt mit Gas anstelle von Heizöl, liegt die Teuerungsrate bei 5,2 Prozent. Verzichtet das Paar zudem auf ein Auto und fährt mit öffentlichen Verkehrsmitteln, liegt die Mehrbelastung bei 3,8 Prozent. Tober fordert die Politik auf, die weitere Entwicklung der Inflation genau zu beobachten und möglicherweise über Hilfen für Haushalte mit niedrigen Einkommen nachzudenken: „Gerade für Menschen mit geringem Einkommen stellen die aktuell hohen Energiepreise eine große Belastung dar. Das gilt selbst für Menschen in der Hartz-IV-Grundsicherung, da hier zwar die üblichen Heizkosten, nicht aber die Stromkosten vom Staat übernommen werden“, so Tober. „Ein Zuschuss für Geringverdienende, insbesondere jene mit Kindern, ist daher in der aktuellen Situation eine sinnvolle verteilungspolitische Maßnahme.“

Wohngeldberechtigte hoffen auf Zuschuss

Tobers Forderungen nach einem Zuschuss für Geringverdiener findet in Berlin fruchtbaren Boden. Bezieher von Wohngeld sollen laut Plänen des Bundesbauministeriums einen einmaligen Zuschlag für Energiekosten erhalten. Ein Single-Haushalt soll 135 Euro erhalten, ein Zwei-Personen-Haushalt, der Wohngeld bezieht, soll einen Zuschuss von 175 Euro erhalten. Mit jeder weiteren Person, die im Haushalt lebt, soll der Zuschuss um jeweils 35 Euro steigen. Der Bund will für den einmaligen Zuschuss Mittel in Höhe von 130 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Rund 710.000 Haushalte, die Wohngeld zwischen Oktober 2021 und März 2022 bezogen haben, sollen diesen einmaligen Zuschuss erhalten. Dieser soll möglichst noch im ersten Halbjahr 2022 ausgezahlt werden, damit er rechtzeitig vor den Nebenkostenabrechnungen bei den Leistungsberechtigten ankommt.

Zum 1. Juni sollen die Hilfsgelder ausgezahlt werden. Zudem will der Bund Mieter entlasten, indem der CO2-Preis zwischen Mietern und Vermietern aufgeteilt wird. Aktuell zahlt diesen nur der Mieter über die Nebenkostenabrechnung.

Außerdem will der Bund Stromkunden bei der EEG-Umlage entlasten. „Wir haben sehr stark steigende Energiepreise. Das belastet die Familien, belastet die Menschen, belastet auch die Wirtschaft“, sagte Bundesfinanzminister Christian Lindner „RTL“. „Wir können reagieren. Wir können schnellstmöglich, spätestens bis zur Jahresmitte, auf die EEG-Umlage verzichten. Die verteuert den Strompreis. Man kann davon ausgehen, dass etwa 1,1 Milliarden Euro jeden Monat gezahlt werden von den Menschen für die erneuerbaren Energien. Das brauchen wir nicht mehr, das wollen wir mit den Mitteln des Bundes den Menschen abnehmen.“

Christian Esser

Foto: January - stock.adobe.com

Foto: abcmedia - stock.adobe.com | Illustration: Maksim - stock.adobe.com

Strom- und Gaskunden müssen immer höhere Energiepreise hinnehmen

ENERGIEVERSORGER IN DER PFLICHT

Bund will Rechte von Stromkunden stärken

Manch ein Verbraucher hat in der letzten Zeit böse Überraschungen erlebt, als plötzlich Strom- und Gaspreise unkalkulierbar in die Höhe schossen. Denn viele sahen sich plötzlichen Kündigungen ihrer Versorger gegenüber, die unter den hohen Handelspreisen für Strom plötzlich einknickten und Verbraucher aus ihren Verträgen hinauskickten.

Da freut man sich, dass man einen scheinbar so günstigen Stromtarif bei einem Billiganbieter ergattern konnte, und plötzlich kommt das böse Erwachen. Tausende Verträge wurden gekündigt. Die Folge für die Verbraucher ist, dass sie in die sogenannte Ersatzversorgung regionaler Stromanbieter rutschten und sich mit viel höheren Kosten konfrontiert sahen. Die neuen, unverhofften Kunden wurden zur Kasse gebeten, die Kosten für Energie lagen teilweise um ein Vielfaches über denen, die Bestandskunden entrichten müssen. Nach drei Monaten erfolgt der Wechsel in die sogenannte Grundversorgung, sofern die Kunden nicht vorher einen neuen Anbieter und Tarif gefunden haben. Immer mehr Betroffene sind ob der schlagartigen Erhöhung ihrer Gas- und Stromkosten verzweifelt, insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen wissen kaum noch, wie sie die hohen Rechnungen bezahlen können.

Verbraucherschützer verschicken Abmahnungen

Verbraucherschützer und Verbände wie die Verbraucherzentrale NRW gehen mittlerweile juristisch gegen die Aufspaltung von Strom- und Gaspreisen zwischen Neu- und Bestandskunden vor. Die Stadtwerke Gütersloh, die Wuppertaler WSW Energie & Wasser AG sowie die RheinEnergie erhielten Abmahnungen. Zugleich wurde die Energiekartellbehörde NRW zum Handeln aufgefordert. „Bei allem Verständnis für die nicht ganz einfache Situation der Grundversorger – so geht es nicht. Die Benachteiligung von Verbraucher:innen, die ohne eigenes Verschulden in die Grundversorgung zurückfallen, ist rechtswidrig und widerspricht dem eigentlichen Schutzzweck der Grundversorgung“, sagt Wolfgang Schuldzinski, Vorstand der Verbraucherzentrale NRW. „Wir werden daher mit allen juristischen Mitteln gegen diese Benachteiligung vorgehen, die nur auf Grundlage eines willkürlich festgelegten Stichtags erfolgt.“ Die RheinEnergie weist das Unterlassungsbegehren der Verbraucherzentrale NRW zurück und ist überzeugt davon, dass die Preisspreizung für Neukunden rechtmäßig ist. „Unser Verhalten ist kundenfreundlich, weil wir in einer besonderen Situation die zusätzlichen Kosten für eine nicht planbare zu-

sätzliche Energiebeschaffung dort zugeordnet haben, wo sie entstanden sind – durch Weitergabe dieser zusätzlichen Kosten an die neuen grundversorgten Kunden“, sagt RheinEnergie-Vertriebsvorstand Achim Südmeier. Daher bestehe für den regionalen Versorger kein Grund, eine Unterlassungserklärung gegenüber der Verbraucherzentrale NRW abzugeben.

Strompreise gehen durch die Decke

Grundlegend steht die Branche der Energieversorger derzeit unter einem enormen Druck. Laut RheinEnergie seien die Börsenpreise für Energie teils um mehr als 400 Prozent angestiegen. Dadurch, dass Billiganbieter ihre Kunden teils ohne jede Vorwarnung plötzlich nicht mehr beliefert haben und Verträge einseitig kündigten, mussten die regionalen Energieversorger den Mehrbedarf auf den Strombörsen zu entsprechenden Höchstpreisen nachkaufen. Daher erklärt sich auch der rasante Preisanstieg für die Neukunden, zudem seien sie nur für wenige Tage von den hohen Grundversorgungspreisen betroffen gewesen. Für den weiteren Jahresverlauf rechnet die RheinEnergie mit einer weiteren Konsolidierung der Preise. „Deswegen ist uns auch nicht klar, warum die Verbraucherzentrale NRW sich neben zwei anderen ausgerechnet unser Unternehmen für eine Abmahnung ausgesucht hat“, so Südmeier. Es müsse stattdessen ein Umdenken einiger Anbieter am Markt geben. „Es ist an der Zeit, sich mit dem Marktverhalten einzelner Energie-Discounter kritisch auseinanderzusetzen“, mahnt Südmeier. „Während diese Unternehmen in Zeiten niedriger Einkaufspreise hohe Gewinne erzielen und einstreichen, lassen sie beim ersten Anzeichen eines schwieriger werdenden Marktes die Kunden im Stich und verlagern ihr betriebswirtschaftliches Risiko so auf die Grundversorger und die Allgemeinheit. Das verlangt nach neuen rechtlichen Regelungen.“

Für diese Regelungen ist der Gesetzgeber verantwortlich. Dort sieht man ebenfalls Handlungsbedarf. Die Bundesregierung plant daher eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes. Dadurch sollen kurzfristige Kündigungen von Strom- und Gasverträgen durch Energie-Discounter und Preissprünge verhindert werden. Pläne der Regierung sehen vor, dass eine Kündigung künftig mehrere Monate im Voraus angekündigt werden muss, damit Verbraucher die Möglichkeit haben, in der Zwischenzeit einen neuen Anbieter zu finden. Zudem sind einheitliche Tarife in der Grundversorgung im Gespräch, um Neukunden nicht in die Situation zu bringen, ein Vielfaches der Kosten im Vergleich zu Bestandskunden aufbringen zu müssen. Lob für die Pläne gibt es vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). „Eine längere Frist zur Anzeige der Geschäftsaufgabe gibt Verbraucherinnen und Verbrauchern Zeit, sich um eine alternative Strom- oder Gasversorgung zu kümmern, und schafft Transparenz. Damit werden Situationen vermieden, wie wir sie in den letzten Wochen gesehen haben: Hunderttausende Kundinnen und Kunden fallen unerwartet in die Ersatzversorgung, weil unseriöse Unternehmen einfach die Versorgung eingestellt haben“, sagt Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung. Privatkunden sind derzeit auf breiter Front von höheren Energiekosten betroffen. Dies zeigen Untersuchungen des Vergleichsportals Check24. Laut der Erhebung gibt es immer häufiger Preiserhöhungen bei der Grundversorgung. Seit August 2021 hat das Portal über 2.000 Preiserhöhungen bei Strom- und Gasgrundversorgung ermittelt. 769 davon betreffen Neukundentarife in der Grundversorgung.

Christian Esser

Foto: Mitch Shark - stock.adobe.com

Es wird nach Wegen gesucht, um der Inflation den Stecker zu ziehen

Großartige Perspektiven.

WOHNSTIFT BEETHOVEN
Die 1. Klasse für Senioren

Eine der besten Seniorenresidenzen Deutschlands.
Im lebendigen, grünen Herzen des Rheinlands.

PREMIUM WOHNEN
Empfehlung im Jahrbuch Premium-Residenzen

VITALISARIUM®
GESUNDHEIT UND WOHLBEFINDEN

Genießen Sie in einem exklusiven Rahmen das sorgfältig aufeinander abgestimmte Angebot zur aktiven Pflege von Gesundheit und Fitness sowie zur Entspannung und Regeneration.

www.wohnstift-beethoven.de

www.vitalisarium-beethoven.de

Foto: RWE AG, Joerg Mettlach

Das Braunkohlekraftwerk Weisweiler bei Eschweiler im Rheinischen Revier

NEUE ARBEITSPLÄTZE FÜR DAS RHEINISCHE REVIER

Mit dem bevorstehenden Kohleausstieg droht vielen derzeit noch Angestellten die Arbeitslosigkeit. Die Zukunftsagentur Rheinisches Revier will dies verhindern.

Der Kohleausstieg rückt immer näher. Seit der Ampelkoalition könnte er sogar schon 2030 statt 2038 stattfinden. Was für Umweltfreunde vielerorts für ein erleichtertes Aufatmen sorgt, besorgt die Angestellten in den betroffenen Regionen. Allein im Rheinischen Revier arbeiten viele Tausend Menschen in der Förderung und Verstromung von Braunkohle.

Der Braunkohleausstieg ist seit Jahren ein umstrittenes Thema in der Bundespolitik. Während es Umweltschützern nicht schnell genug gehen kann, bangen Angestellte dieser Industrie um ihren Job und haben Zukunftsängste. In Deutschland gibt es vier Regionen, in denen aktuell noch Braunkohle abgebaut wird: das Helmstedter Revier, das Mitteldeutsche Revier, das Lausitzer Revier sowie das Rheinische Revier. Das Rheinische Braunkohlerevier befindet sich im Städtedreieck Aachen, Köln und Mönchengladbach und umfasst die drei Tagebaue in Garzweiler, Hambach und Inden. Insgesamt fallen sechs Kreise, bestehend aus 65 Städten und Gemeinden mit ca. 2,4 Millionen Menschen, in dieses Gebiet. Das im Südwesten NRWs gelegene Revier ist somit das größte Braunkohlerevier in ganz Europa. Zwischen 8.000 und 9.000 Beschäftigte sind direkt betroffen. Doch was vielen nicht bewusst ist: An jedem direkt betroffenen Arbeitsplatz hängen etwa zwei weitere Arbeitsplätze von Zulieferbetrieben, wie etwa Anlagenbauern, Anstreichern, Zeltverleihern, Zimmervermietern oder von Zeitarbeitsfirmen, sodass noch einmal ca. 15.000 weitere Menschen betroffen sind. Ebenfalls gefährdet sind etwa 50.000 Beschäftigte aus energieintensiven Industrien, also Branchen, die mit Baustoffen wie Chemie, Glas, Papier oder Stahl arbeiten.

Den ersten 3.000 Angestellten dieser Branchen könnte schon 2023 die Arbeitslosigkeit drohen, bis Ende 2030 kämen weitere 3.000 hinzu – ausgehend von dem ursprünglich geplanten Kohleausstieg 2038. Der Hauptarbeitgeber von Angestellten der Braunkohleindustrie, RWE, bereitet sich auf die drohende Veränderung vor und gibt sein Bestes, um möglichst wenig Menschen in die Arbeitslosigkeit zu schicken: „RWE wird diese Beschäftigten auch im Zuge des Kohleausstiegs nicht ins Bergfreie fallen lassen. Mithilfe des staatlichen Anpassungsgeldes ist ein sozialverträglicher Personalabbau für die Kolleginnen und Kollegen ab 58 möglich. Das muss auch unter den Vorzeichen des beabsichtigten vorgezogenen Kohleausstiegs so sein. Die Arbeitsplätze sind jedoch für die Region weitgehend verloren. Den Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt auch regional verträglich zu gestalten, steht auf einem anderen Blatt“, so Guido Steffen, Pressesprecher der RWE Power AG. Neben dem von der Bundesregierung bereits 2018 beschlossenen Anpassungsgeld, das bis zu fünf Jahre ausgezahlt wird und so einen früheren Einstieg ins Rentenalter ermöglicht, ist RWE bemüht, jüngeren Angestellten Jobs in konzerninternen Bereichen der erneuerbaren Energie zu vermitteln. Und auch RWE Power unterstützt den Strukturwandel dahin gehend, dass die Tochtergesellschaft unter anderem Flächen für Gewerbe sowie Industrie und Wohnen zur Verfügung stellt

und an einer hochwertigen Rekultivierung arbeitet, etwa mit Forschung und Entwicklung von E-Fuels und Wasserstoff.

Allen Bemühungen zum Trotz wird RWE den Wegfall der vielen Tausend Jobs jedoch nicht allein auffangen können. An dieser Stelle kommt die Zukunftsagentur Rheinisches Revier ins Spiel. Seit 2017 firmiert sie unter diesem Titel und nahm noch im selben Jahr ihre Arbeit am Strukturwandelprozess mit Verabschiedung der Bundesgesetze auf. Erst im vergangenen Jahr wurden wesentliche Weichenstellungen für die weitere Arbeit der Zukunftsagentur vorgenommen, die noch in diesem Jahr umgesetzt werden. Sie setzt sich aus einem Kernteam, einem Aufsichtsrat, einer Gesellschafterversammlung sowie der Anrainerkonferenz zusammen, die dem Aufsichtsrat zur Seite steht. Gemeinsam werden Leitbilder, Innovationsstrategien und Handlungskonzepte entwickelt und der Strukturwandel wird durch Initiierung und Durchführung von Projekten unterstützt. Die Zukunftsagentur arbeitet dabei eng mit ihren Partnern aus der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Politik und den Verbänden innerhalb und außerhalb der Region zusammen.

Dem Geschäftsführer Bodo Middeldorf zufolge sieht sich die Zukunftsagentur als Koordinator und Treiber des größten Klimaschutzprojektes der Welt: „Als Sachwalterin regionaler Interessen stehen wir den Unternehmen, Kommunen und Institutionen zur Seite und wollen sie befähigen, wegweisende Projekte zur Bewältigung des Strukturwandels zu entwickeln. Ziel ist es, das Rheinische Revier auf Basis des in 2021 beschlossenen Wirtschafts- und Strukturprogramms zur erfolgreichsten Transformationsregion Europas zu machen“, führt er fort.

Das Wirtschafts- und Strukturprogramm benennt insgesamt vier Handlungsfelder mit zahlreichen Projektansätzen, im Rahmen derer die größten Erfolge für die wirtschaftliche Entwicklung erwartet werden:

- Industrie und Energie
- Ressourcen und Agrobusiness
- Innovation und Bildung
- Raum und Infrastruktur

An erster Stelle stehen hier Themen eines klimaneutralen Umbaus der Industrie und damit verbundene Beschäftigungseffekte. Denn in den nächsten Jahren wird es nicht nur darum gehen, die Auswirkungen des Kohleausstiegs weitestgehend zu kompensieren, sondern auch darum, das Rheinische Revier wirtschaftlich grundlegend zu modernisieren und einen Prozess in Gang zu setzen, der mittel- und langfristig in einer sich selbst tragenden prosperierenden Entwicklung mündet.

Den Förderauftakt machte 2017 das Bundesmodellvorhaben Unternehmen Revier, das als inzwischen etabliertes Förderprogramm des Bundeswirtschaftsministeriums jährlich zwei Millionen Euro in zukunftsweisende Projekte in der Region investiert. Projekte, die bereits gefördert werden, sind unter anderem der Industry Hub in Dormagen und dem Rhein-Kreis Neuss, der sich als Innovations-Inkubator und -Accelerator für Unternehmen der Region versteht oder etwa der Strukturwandelladen Eschweiler, bei dem es sich um ein bürgernahes Informations- und Beteiligungsformat handelt, mit dem der Strukturwandel für die in der Region lebenden Menschen sicht- und greifbar gemacht werden soll.

In den vergangenen Jahren gab es verschiedene Förderprogramme, deren Umsetzung inzwischen abgeschlossen ist, aktuell noch läuft oder geplant ist. Aus „SofortprogrammPlus“, „Starterpaket Kernrevier“ und „Unternehmen Revier“ gingen insgesamt 128 aktive Projekte hervor, von denen für 47 Projekte – inklusive Teilprojekte – die Förderzugänge bereits identifiziert sind, sodass der Förderantrag gestellt werden kann oder schon gestellt wurde. Diese Programme zielten primär darauf ab, bestehenden Projekten einen schnelleren Start zu ermöglichen, die Aufrufe dafür sind inzwischen abgeschlossen. Seit April 2021 gibt es jedoch das Regelprogramm REVIER. GESTALTEN. Zwei Aufrufe, die im vergangenen Jahr an den Start gingen, sind abgeschlossen, seit dem 1. Februar (Bewerbungsfrist 30. Juni) läuft der dritte Aufruf, weitere sind geplant. Das Gesamtbudget pro Aufruf beträgt 400 Millionen Euro.

Viele Projekte und Initiativen, die aktuell laufen oder gefördert wurden, schaffen neue Arbeitsplätze. Doch wie kann sichergestellt werden, dass diejenigen, die ihren Job verlieren werden, auch qualifiziert für die neuen Berufe sind? „Was soll ein Baggerfahrer mit einem Forschungsjob? Fragen dieser Art hören wir öfter“, weiß Bodo Middeldorf. „Das übersieht jedoch, dass im Bereich der Kohleverstromung viele gut qualifizierte Menschen arbeiten, für die wir Anreize brauchen, um in der Region zu bleiben. Zum anderen entstehen im Zuge des Strukturwandels bei Weitem nicht nur Akademikerjobs. Dennoch müssen wir für die Beschäftigten die Möglichkeit schaffen, sich auf neue berufliche Anforderungen vorzubereiten. Deshalb nimmt das Thema Bildung eine Schlüsselrolle im Prozess des Strukturwandels ein. Lebenslanges Lernen für alle, die fit sein wollen für die Jobs der Zukunft, manifestiert sich bereits in mehreren Projekten, Initiativen und Netzwerken. Aber auch ein hoch spezialisiertes Start-up kommt ohne Bürokraft, Zulieferer, Dienstleister nicht aus“, führt er fort.

Dank der Zukunftsagentur Rheinisches Revier, der finanziellen Unterstützung der Politik und der weitsichtigen Planung seitens Arbeitgeber der Braunkohleindustrie bleibt demnach zu hoffen, dass die meisten derzeit Beschäftigten auch zum Zeitpunkt des Braunkohleausstieges einen Job haben oder finden werden.

Jana Leckel

Weitere Infos unter:
www.rheinisches-revier.de

Foto: Susanne Klömpges

Bodo Middeldorf, Geschäftsführer der Zukunftsagentur Rheinisches Revier

Foto: gandolf - stock.adobe.com

Nach sieben Jahren findet im Juni 2022 der G7-Gipfel wieder auf dem bayrischen Schloss Elmau statt

MEHR TEMPO FÜRS KLIMA

Große Herausforderungen für neue Bundesregierung

Bei den Bundestagswahlen haben die Wahlberechtigten ein klares Votum für einen sozialverträglichen Wandel hin zu Klimaneutralität abgegeben. Die Hoffnungen in die neue Bundesregierung waren groß, doch wirken die Grünen, die genau dafür stehen sollten, bisher nicht als die großen Gewinner der Koalition. Die muss aber liefern, damit die Wähler sie nicht bei künftigen Wahlen abstraft. Es gibt viel zu tun.

Corona lässt Emissionen sinken

Für die neue Bundesregierung ist klar, dass es gewaltige Kraftanstrengungen braucht, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Die Voraussetzungen für den Start sind aber nicht so gut. Kommende Klimaziele werden wohl deutlich verfehlt werden, wie die von Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck vorgestellte Eröffnungsbilanz Klimaschutz zeigt. „Wir starten mit einem drastischen Rückstand. Die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen sind in allen Sektoren unzureichend. Es ist absehbar, dass die Klimaziele der Jahre 2022 und 2023 verfehlt werden. Aber wir unternehmen alle Anstrengungen, um den Rückstand wettzumachen. Hierzu müssen wir die Geschwindigkeit unserer Emissionsminderung verdreifachen und deutlich mehr in weniger Zeit tun“, so Habeck und weiter: „Wir wollen bis 2045 klimaneutral werden und bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energie auf 80 Prozent steigern. Die Arbeit dafür hat begonnen. Die prioritären Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen setzen wir jetzt aufs Gleis – ein erstes Klimaschutz-Paket kommt bis Ende April, ein zweites im Sommer.“ Doch bis dahin wird Deutschland weiterhin in großen Mengen CO_2-Äquivalente produzieren. Dies zeigen ein Blick auf die finale Klimaschutzbilanz von 2020 und der Ausblick auf das gerade abgelaufene Jahr 2021. Laut Umweltbundesamt wurden 2020 in Deutschland insgesamt 728,7 Millionen Tonnen CO_2-Äquivalente ausgestoßen. Im Vergleich zum Jahr 2019 war dies ein Rückgang um 8,9 Prozent und im Vergleich zum Jahr 1990 um 41,3 Prozent. Maßgeblich verantwortlich für den deutlichen Rückgang sind die Auswirkungen der Coronapandemie. Für das Jahr 2021 wird wieder ein Anstieg der CO_2-Äquivalente erwartet. Dirk Messner, Präsident des Umweltbundesamts, ordnet die Klimaschutzbilanz ein: „Die Coronakrise hat 2020 die Emissionen stark sinken lassen. Das wird aber nicht von Dauer sein, denn 2021 stiegen die Emissionen nach unseren ersten Prognosen wieder an. Um Deutschland bis 2045 klimaneutral zu machen, brauchen wir daher mehr Energie aus Wind und Sonne, mehr Elektromobilität und eine Wärmewende hin zu erneuerbaren Energien sowie eine grundlegende Transformation der Industrieproduktion. Die ersten Schritte sind dazu getan, jetzt müssen alle Ressorts an die Umsetzung gehen.“ Eine vollständige Prognose zu den ausgestoßenen CO_2-Äquivalenten will das UBA Mitte März veröffentlichen.

G7 als Chance?

Der Klimawandel ist längst da und wird in Zukunft massive Auswirkungen haben. Die Flutkatastrophe vom Juli 2021 war wahrscheinlich nur ein Startschuss für die Zunahme von Extremwetterverhältnissen, die uns in den kommenden Jahren beschäftigen werden. Der Wiederaufbau in den betroffenen Regionen wird noch Jahre dauern, die Spuren der Katastrophe mit über 140 Todesopfern und Schäden in Milliardenhöhe werden die Menschen in den betroffenen Regionen noch Jahre beschäftigen. Die Bundesregierung verfolgt klare Pläne, um Deutschland klimaneutral zu machen. Doch auch, wenn Deutschland dieses Ziel erreicht, ist das nur ein kleiner Erfolg im weltweiten Kontext. Eine Chance bietet die deutsche G7-Präsidentschaft im Jahr 2022. Die Bundesregierung will die Chance nutzen, um für einen verbesserten Klima- und Umweltschutz zu werben. Ein Grundsatzprogramm steht unter dem Motto „Fortschritt für eine gerechte Welt“, dazu zählt vor allem auch die Klimagerechtigkeit. Bundesumwelt- und Verbraucherschutzministerin Steffi Lemke wirbt für eine internationale Kraftanstrengung: „Wir brauchen einen grundlegenden Systemwandel hin zur ökologischen Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen. Im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft setze ich mich deshalb besonders für einen ambitionierten globalen Rahmen bei der Weltnaturschutzkonferenz in Kunming ein, mit dem wir den Trend beim Artensterben umkehren können. Wir wollen einen G7-Ocean-Deal auf den Weg bringen, um die gemeinsamen Initiativen zum Schutz der Ozeane und gegen die Verschmutzung der Meere voranzubringen. Die nachhaltige Ressourcennutzung, die Anpassung an die Auswirkungen der Klimakrise und ökologisch nachhaltige Lieferketten sollen weitere Schwerpunkte im G7-Jahr bilden.“ Auch Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, nennt klare Ziele: „Mein Ziel ist ein klarer Impuls der G7 für die internationale Zusammenarbeit und den Multilateralismus. Dazu zählt vor allem eine ambitionierte klima- und energiepolitische Agenda. Das bedeutet einen beschleunigten globalen Kohleausstieg, eine forcierte Dekarbonisierung der Sektoren und das Streben nach einer weltweit gerechten Transformation. In der Handelspolitik wollen wir im Kreis der G7 Wege für die Reform der Welthandelsorganisation ausloten und den internationalen Handel mit seinen globalen Lieferketten offener, fairer und nachhaltiger gestalten.“ Um die Ziele zu besprechen und im Anschluss zu erreichen, stehen in diesem Jahr wichtige Termine an. Ende Mai treffen sich die Umwelt-, Klima- und Energieminister der Teilnehmerstaaten. Bereits im März sowie im September tauschen sich die Handelsminister der G7 aus. Höhepunkt wird der G7-Gipfel vom 26. bis 28. Juni 2022 auf Schloss Elmau.

Plötzlicher Förderungsstopp

Bis dahin ist vielleicht eine Lösung beim Thema Gebäudesanierung auf den Weg gebracht worden. Eigentlich sollten große Teile des Förderprogramms für effiziente Gebäude (BEG) des Bundes bis Ende Januar 2022 laufen. Doch kurz vor Ende des Förderprogramms zog der Bund die Reißleine. Am 24. Januar kam die überraschende Nachricht, dass keine weiteren Anträge angenommen werden. Was mit Anträgen passiert, die noch kurz davor eingereicht wurden, weiß noch niemand. Eins ist aber klar: Es gibt erst mal kein weiteres Geld von der KfW. Ein Großteil der Gebäude in Deutschland ist älter als 50 Jahre und bei den aktuell aufgerufenen Energiepreisen ist jeder Euro, den man durch gute Dämmung und Energieeffizienz einsparen kann, gut angelegt und investiert. Daher wundert es nicht, dass viele Antragsteller kurz vor Fristende noch auf den Fördermittel-Zug aufspringen wollten. Bei der Förderung ging es um sogenannte Effizienzhäuser im Neubau und energetische Sanierung. 20 Milliarden Euro Fördersumme wurden dafür eingeplant, doch binnen drei Monaten überstieg die Anzahl der Förderanträge die geplante Fördersumme. Die Reißleine wurde gezogen, das Förderprogramm früher als angedacht beendet und viele Antragsteller stehen nun im Regen und ohne Förderung da. Gut für das Klima ist dieser Stopp nicht und das Vertrauen in Förderprogramme des Bundes dürfte damit auch nicht gestiegen sein. Die KfW-Förderung bezog sich auf drei unterschiedliche Typen: das Effizienzhaus/Effizienzgebäude 55 im Neubau, Effizienzhaus/Effizienzgebäude 40 im Neubau sowie die energetische Sanierung. Schuld für das Fiasko trägt laut Bundeswirtschaftsministerium die Vorgängerregierung. Notwendige Anpassungen des Förderprogramms und Baustandards seien in den vergangenen Jahren versäumt worden.

Bald will das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz ein Paket mit Sofortmaßnahmen vorlegen. Im Fokus liegen hierbei: eine Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), der Ausbau von Solar- und Windenergie, Senkung des Strompreises über die Finanzierung der EEG-Umlage über den Bund, Klimaschutzverträge mit der Industrie, eine Wärmestrategie, eine Überarbeitung des Gebäudeenergiegesetzes sowie eine Anpassung der Wasserstoffstrategie. Darüber hinaus werden weitere Maßnahmen geprüft. „Das alles ist eine Mammut-Aufgabe. Und es wird einige Jahre dauern, bis wir die Erfolge sehen werden. Aber das, was wir jetzt machen, legt die Grundlage dafür, Klimaschutz und Wohlstand zusammenzubringen“, so Habeck.

Christian Esser

Foto: Soonthorn - stock.adobe.com

Erneuerbare Energien sollen intensiver gefördert werden

DIGITALISIERUNG VS. NACHHALTIGKEIT

Helfen automatisierte Prozesse dem Klima?

Foto: malp - stock.adobe.com

Es gibt verschiedene Meinungen, welchen Nutzen die Digitalisierung für das Klima hat

Deutschland und die gesamte EU wollen klimaneutral werden. Gleichzeitig werden immer mehr Prozesse digitalisiert, mit Krypto-Währungen gibt es längst digitales Geld. Doch hilft Digitalisierung dem Klima oder schadet es sogar? Dazu gibt es unterschiedliche Meinungen und Daten.

Der Digitalverband Bitkom ist sich sicher, dass Digitalisierung maßgeblich zu einer grünen Zukunft beiträgt und es noch große Einsparpotenziale bei Treibhausgasen gibt. Bitkom-Präsident Achim Berg erklärt dazu: „Unsere Zukunft ist grün und digital. Das ist kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch. Klimaschutz und Digitalisierung sind keine Widersprüche. Im Gegenteil: Sie bedingen einander. Wir werden unsere ehrgeizigen Klimaziele nur erreichen, wenn wir in digitale und klimaschonende Technologien investieren. Eine gute Digitalpolitik ist zugleich die beste Wirtschafts- und Klimapolitik. Eine Bitkom-Studie zeigt: Je entschlossener und konsequenter wir digitalisieren, desto stärker die Effekte für das Klima. Mehr als ein Drittel der CO_2-Einsparziele 2030 sind allein mit einer beschleunigten Digitalisierung realisierbar. Am größten sind die Einsparpotenziale in der industriellen Fertigung, in der Mobilität und im Energiesektor.“ Laut Bitkom könnten bis 58 Prozent des Klimaziels für 2030 durch beschleunigte Digitalisierung erreicht werden.

Anders sehen das Studienergebnisse des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsförderung (ZEW) aus Mannheim. Das ZEW ist ebenfalls der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen Digitalisierung auf den Klimawandel hat, und die Antworten fallen diesbezüglich eher zurückhaltend, gar ernüchternd aus. Digitale Technologien würden demnach die Energieintensität in der Produktion nur in einem deutlich geringeren Ausmaß verringern als erwartet. Eine verstärkte Nutzung digitaler Technologien in Unternehmen geht der ZEW-Studie nicht zwangsläufig mit einer wesentlichen Verbesserung der Energieintensität einher, dennoch erkennen die Studienautoren, dass es durchaus Potenziale gibt, um Energie und damit auch Treibhausgase wie CO_2 einzusparen. „Digitale Technologien verbrauchen zwar selbst Energie, haben aber theoretisch auch das Potenzial, den Energieverbrauch aufgrund von Energieeffizienzverbesserungen, zum Beispiel durch die optimierte Steuerung von Wärme- und Kälteanlagen, und der Dematerialisierung von Produkten zu reduzieren. Der Gesamteffekt ist erst mal ungewiss!“, sagt Janna Axenbeck, Wissenschaftlerin im ZEW-Forschungsbereich „Digitale Ökonomie“ und Studienautorin: „Für das verarbeitende Gewerbe ist das äußerst relevant: Allein im Jahr 2019 war es für 28 Prozent des Energiebedarfs in Deutschland verantwortlich.“ Die Ergebnisse der Studien sind für die Politik wichtig, die sowohl Digitalisierung als auch den Weg zur Klimaneutralität vorantreiben will. „Nur mit dem zielgerichteten Einsatz von digitalen Technologien sowie einem sinnvollen gesetzlichen Rahmen, der zum Beispiel potenzielle Reboundeffekte abmildert, können die Klimaschutzpotenziale von digitalen Technologien tatsächlich genutzt und so CO_2-Emissionen reduziert werden“, so Janna Axenbeck.

Christian Esser

Neuer Beigeordneter

Andree Haack leitet das Dezernat für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung & Regionales

Foto: Stadt Köln

„Ich freue mich, diese Stadt, die so viel Lebensfreude ausstrahlt, mitgestalten zu dürfen. In diesen Zeiten, in denen sich Städte, die Wirtschaft und Gesellschaft neu erfinden müssen, möchte ich Ansprechpartner, Moderator und Impulsgeber sein, um Köln zukunftsfähig aufzustellen“, sagte der 48-jährige studierte Raumplaner nach seiner Wahl.

Bringen Sie Ihr Unternehmen voran: Mit der richtigen Finanzierung.

Die richtigen Investitionen zum richtigen Zeitpunkt in digitale Prozesse, nachhaltige Technologien oder neue Geschäftsfelder sichern Ihnen Wettbewerbsvorteile für die Zukunft. Jetzt Beratungstermin vereinbaren.
sparkasse-koelnbonn.de/finanzierung

Weil's um mehr als Geld geht.

Sparkasse
KölnBonn

Foto: Galerie Boisserée

Erste Station des Kunst-Rundgangs war die Galerie Boisserée, die bereits 1838 im Kölner Minoritenviertel gegründet wurde.

KUNST-RUND-GANG IN KÖLN

„Kunst ist dazu da, den Staub von der Seele zu waschen" – Pablo Picasso

Anfang Dezember 2021 trafen sich zahlreiche Familienunternehmer aus Köln und Bonn zu einem Galerierundgang im Belgischen Viertel. Ziel war es, mehr über den kreativen künstlerischen Prozess, den Kunstmarkt sowie die Tätigkeiten der Galeristen zu erfahren.

Die erste Station war die Galerie Boisserée. Begrüßt wurden die Gäste von Johannes Schilling, der die Galerie 1988 von seinem Vater übernommen hatte und sie gemeinsam mit Thomas Weber leitet. Er informierte die Gäste über die geschichtsträchtige Historie der Galerie, die bereits 1838 gegründet wurde. Damit ist sie eine der ältesten Locations für den Verkauf von Kunst in Deutschland. Die Basis für die heutige Galerie schufen die Cousins Josef und Wilhelm Boisserée, die im Jahr 1838 eine Buch- und Kunsthandlung im Kölner Minoritenviertel eröffneten.

Boisserée zeigt internationale und moderne zeitgenössische Kunst

Heute präsentiert die Galerie internationale und moderne zeitgenössische Kunst. „Einer unserer Schwerpunkte ist der Verkauf von ‚modern and contemporary prints and works on paper', das sind internationale Grafik- und Meisterarbeiten auf Papier aus dem 20. und 21. Jahrhundert", erläutert Johannes Schilling. Im Jahr präsentiert die Galerie etwa vier bis fünf Ausstellungen auf rund 250 Quadratmetern, darunter Werke von Kunstikonen wie Pablo Picasso, Georges Braque, Joan Miró, Roy Lichtenstein und vielen anderen.

Die Kölner Unterwasser-Fotokünstlerin Gaby Fey präsentiert hingegen ein völlig anderes Galerie-Konzept. In ihrem Showroom „AquaVision" an der Limburger Straße konnten die Besucher ein Highlight ihres umfangreichen Schaffens bewundern: Feys beeindruckende fotografische Interpretation des „Abendmahls" von Leonardo da Vinci, welche in Südfrankreich mit Darstellern unter Wasser aufgenommen wurde.

Über das „Making-of" dieser Arbeit sprach Gaby Fey, zusammen mit Kunstexperte Nico Overkott, Projektmanager bei der Düsseldorfer Galerie Geuer & Geuer und Geschäftsführer des Artstar Verlags. Sie erläuterte, dass die Künstlerin jeden Ausdruck, jede Geste der Darsteller sowie sämtliche Accessoires plant, bevor sie auf den Auslöser drückt. Diese Arbeit dauerte daher alles in allem rund ein Jahr.

Einblicke in spektakuläre Unterwasser-Fotografie

Besonders spektakulär sind auch ihre Interpretationen von Théodore Géricaults „Floß der Medusa" sowie Sandro Botticellis „Die Geburt der Venus". Auch ihre Umsetzung von Eugène Delacroix' „Die Freiheit führt das Volk", in der ihre „Marianne" mit einem Lichtschwert für eine bessere Zukunft kämpft, konnten die Gäste bestaunen. Bei dem Rundgang durch die Galerie wurden zudem Fotos ihrer Bilderserie „Danse Vulcanique", die mit professionellen Tänzern umgesetzt wurden, sowie ungewöhnliche Modefotografien vorgestellt.

Auch Künstler und Galeristen sind Unternehmer

„Wir haben an diesem Abend viel gelernt und Neues erfahren." So lautete das Fazit von Frank Oelschläger, Vorsitzender des Regionalkreises Metropolregion Köln Bonn von DIE FAMILIENUNTERNEHMER. „Ich hatte den Eindruck, dass Galerist Johannes Schilling und Künstlerin Gaby Fey vor allem eines gemeinsam haben: die brennende Leidenschaft für die Kunst und ihre Arbeit", fügt er hinzu. Nicht nur in dieser Hinsicht seien Künstler und Galeristen eben auch Unternehmer.

Monika Eiden

ⓘ Weitere Informationen gibt es auf www.familienunternehmer.eu

Foto: Gaby Fey

Die zweite Station des Kölner Galerierundgangs führte zur Unterwasser-Fotokünstlerin Gaby Fey. Hier die fotografische Interpretation des „Abendmahls" von Leonardo da Vinci.

NetCologne
IT kütt
von uns.
Bei NetCologne ist mehr für Sie drin: Business-IT,
Internet und Telefonie aus einer Hand.
Arnella Kushnir
Service Managerin
NetCologne IT Services
netcologne.de/itk
Uns verbindet mehr.

KLASSISCHE PR ODER ONLINE-MARKETING?

Zwei Experten im Zwiegespräch um die Erfolgsfaktoren

Foto: Claudio Heinzmann

Martin Steinbach (links) und Daniel Goihl unterstützen Unternehmer*innen bei der Auswahl und Umsetzung passender PR-Maßnahmen

Jeder Unternehmer – unabhängig von Branche und Größe – muss sich über kurz oder lang mit dem Thema Marketing auseinandersetzen. Doch was ist die richtige Strategie: klassische PR oder Online-Marketing? Darüber hat Die Wirtschaft mit zwei Experten im jeweiligen Fach gesprochen. Martin Steinbach ist freier Pressesprecher und betreut mit seinem Netzwerk Fleaky.de unter anderem Start-ups, KMU und internationale Unternehmen – insbesondere im Bereich Nachhaltigkeit, Consumer Electronics, Sport & Fitness. Der gebürtige Kölner Daniel Goihl hat ein Faible für digitale Medien. Der Medienökonom ist Mitbegründer der Social-Media-Agentur Tacsy und Geschäftsführer des Yoga-Labels Ikarus.

DIE WIRTSCHAFT: Herr Steinbach, können Sie uns kurz erläutern, wie Sie klassische PR definieren?

Martin Steinbach: Als Pressesprecher bringe ich die Geschichte von Marken, Produkten und Menschen in wenigen Worten auf den Punkt. Nüchtern betrachtet ist es nichts anderes als Vertrieb, Kommunikationsvertrieb trifft es ganz gut. Es geht darum, Redakteur*innen von einer Geschichte zu begeistern, damit sie diese einer breiten Öffentlichkeit weitererzählen. Es geht also um Bekanntheit, Imageaufbau und Reputation.

DIE WIRTSCHAFT: Herr Goihl, Ihr beruflicher Fokus liegt auf dem Online-Marketing. Was gehört alles dazu?

Daniel Goihl: Für mich umfasst Online-Marketing alle digitalen Instrumente, um beispielsweise eine Marke, ein Produkt oder eine Arbeitgebermarke zu bewerben, also Suchmaschinen-Marketing auf Google & Co., Banner-/Display-Werbung, E-Mail-Marketing, Social Media und Influencer Marketing, worauf mein persönlicher Fokus liegt. Insbesondere mit Social Media können Werbebotschaften unglaublich zielgenau und somit streuverlustarm platziert werden. Was für mich Online-Marketing so spannend macht, ist die Tatsache, dass man einen konkreten Funnel bilden kann, mit dem man vom ersten Kontakt bis hin zu einer gewünschten Handlung – zum Beispiel dem Kauf eines Produktes in meinem Onlineshop – sehr detaillierte Erkenntnisse auswerten kann. Welche Maßnahmen haben welches Resultat erzielt und welche Nutzer*innen haben auf welche Werbemittel/Inhalte reagiert? Aufwendige Marktforschung und Kundenbefragungen verlieren dadurch an Relevanz.

DIE WIRTSCHAFT: Womit fange ich als Unternehmer*in an, d.h. investiere ich erst mal in klassische PR oder Online-Marketing?

Martin Steinbach: Bevor es an konkrete PR-Maßnahmen geht, schaue ich mir die Marke an. Oft ist diese nicht klar ausdefiniert. Und erst dann überlege ich mir, welche Geschichten rund um die Marke und das Unternehmen erzählenswert sind und Neuigkeitswert haben. Denn nur das schafft es in die Medien.

Daniel Goihl: Ich denke, die Basis sind eine Website, ein funktionierender Shop, die zu den Zielgruppen passenden Social-Media-Kanäle und ein aktives Community Management bzw. CRM. Wer Aufmerksamkeit generiert, muss sicherstellen, dass potenzielle Kunden bei Interesse zielgerichtet das gewünschte Produkt bzw. Informationen darüber bekommen können.

Genauso auch, dass Website-Besucher gezielt in den sozialen Medien weiter vom Produkt begeistert werden und zusätzliche Infos erhalten.

Martin Steinbach: Da stimme ich Daniel zu. Natürlich braucht es eine Webseite als eine Art „Infostand“, wo ich genau das bekomme, was ich suche. Und auch als Medium zur Reputation. Ich erlebe bei vielen ausländischen Klienten, zum Beispiel aus dem asiatischen Raum, dass sie für Deutschland erst einmal umrüsten müssen, zum Beispiel ein fehlendes Impressum ergänzen. Und auch für Redakteur*innen muss es die passenden Infos geben. Ohne Bilder keine Veröffentlichung.

DIE WIRTSCHAFT: Wenn mein Budget als Unternehmer*in begrenzt ist: In welche PR-Maßnahmen MUSS ich investieren?

Martin Steinbach: Ein MUSS ist die Bereitstellung von Pressematerial, inklusive Unternehmensprofil, Bilder des Gründers und der aktuellen Produkte in den passenden Formaten und Bildgrößen. Dazu kommen regelmäßige Pressemitteilungen zu wirklich relevanten News. Bereits nach ersten Verkaufserfolgen sollte in PR investiert werden. Die Summe liegt bei rund 2.500 bis 3.000 Euro pro Monat, was nicht viel mehr als die Investition in ein bis zwei Werkstudent*innen ist. Pressearbeit ist People Business. Je mehr Zeit zum Netzwerken mit Medien und Redakteuren zur Verfügung steht, desto mehr Veröffentlichungen sind potenziell drin.

DIE WIRTSCHAFT: Sowohl Suchvolumina bei Google als auch Angebote werden immer umfangreicher. Was empfehlen Sie?

Daniel Goihl: Um sicherzustellen, dass eine Person, die konkret nach meiner Marke oder meinem Unternehmen sucht, hier in den Ergebnissen auch ganz oben meine Website findet, empfehle ich Suchmaschinen-Marketing. Mit einem Mikrobudget, zum Beispiel anfangs fünf bis zehn Euro täglich, stelle ich sicher, dass sich interessierte Nutzer*innen nicht auf anderen Websites verirren, wenn sie konkret nach mir suchen.

Martin Steinbach: Ein anderer Aspekt ist wieder die Unternehmensgeschichte. Google hat gelernt, authentische Inhalte höher zu ranken als stupide zusammengeschriebene generische Seiteninhalte. Je relevanter, spannender und einzigartiger der Inhalt, desto besser. Ein gut auf den Unternehmensalltag abgestimmter Content-Plan für News und Blogartikel, die redaktionell lesbar aufbereitet sind, ist absolut zu empfehlen. Er vergrößert die Ankerpunkte für die Google-Maschine.

DIE WIRTSCHAFT: Welchen Einfluss hatte die Coronapandemie bisher auf Ihre Arbeit als PR-Profis?

Daniel Goihl: Für meine Social-Media-Agentur ist das Auftragsvolumen seit Corona gestiegen. Viele Marketing-Maßnahmen sind in den digitalen Raum verlagert worden. Aus der Veranstaltung vor Ort ist ein lebhafter Livestream geworden. Die Beratung im Geschäft wurde vielfach übernommen von Community-Managern, Chatbots und Influencern. Viele Unternehmen haben in den letzten zwei Jahren gemerkt, dass sie sich online professioneller aufstellen müssen und Content und Geschichten brauchen, um die Menschen auf sich aufmerksam zu machen.

Martin Steinbach: Auch wenn viele Medien in der Pandemie zunächst die ein oder andere Print-Ausgabe gestrichen oder auf online umgestellt haben, so bleiben sie wichtig. Durch den neuen Online-Fokus ist die Experimentierfreude in den Verlagen gestiegen. Ein Beispiel ist das Thema Affiliate-Vermarktung. Hier werden Produktempfehlungen im Magazin mit Verkaufslinks hinterlegt, die eine kleine Provision für den Verlag bringen. Ich beobachte zudem, dass deutsche Marken internationaler werden wollen, besonders in Richtung Niederlande, Großbritannien, Spanien, Italien und USA.

DIE WIRTSCHAFT: Bitte wagen Sie eine Prognose: Wie werden sich soziale Medien und PR in den nächsten zehn Jahren entwickeln?

Daniel Goihl: Ich bin davon überzeugt, dass Menschen vor allem über spannende Geschichten über eine Marke oder ein Produkt abgeholt und begeistert werden können. Im Grunde haben sich über die letzten Jahrzehnte und auch Jahrhunderte nur die Medien verändert, nicht aber die Basis, wie Geschichten erzählt werden. Wichtig ist, dort zu sein, wo die eigene Zielgruppe unterwegs ist – ob das jetzt die Apotheken Umschau ist oder TikTok. Wenn ich hier smart agiere, hole ich meine gewünschte Zielgruppe über PR-Maßnahmen ab, um sie dann über Social Media & Co. in meine Welt und meinen Funnel zu holen und für mich zu gewinnen. Fazit: Ob PR oder Online-Marketing – es geht darum, wie ich die verschiedenen aktuellen Instrumente intelligent aufeinander orchestriere, um meine Story zu erzählen und für mich gewinnbringend einzusetzen.

Martin Steinbach: Im Kern geht es um die Verknüpfung von beidem. Wir sehen das zum Beispiel beim Thema Influencer – wo gehört es hin, in die PR oder in Social Media? Wir decken es einmal von dieser, ein anderes Mal von der anderen Seite ab. Geschichten erzählen ist „King“. Wenn wir das wieder unter Content verstehen statt ausschließlich hübsche Produktbilder zu posten, dann ist das der Trend für die nächsten zehn oder 20 Jahre – unabhängig vom Format.

Astrid Waligura

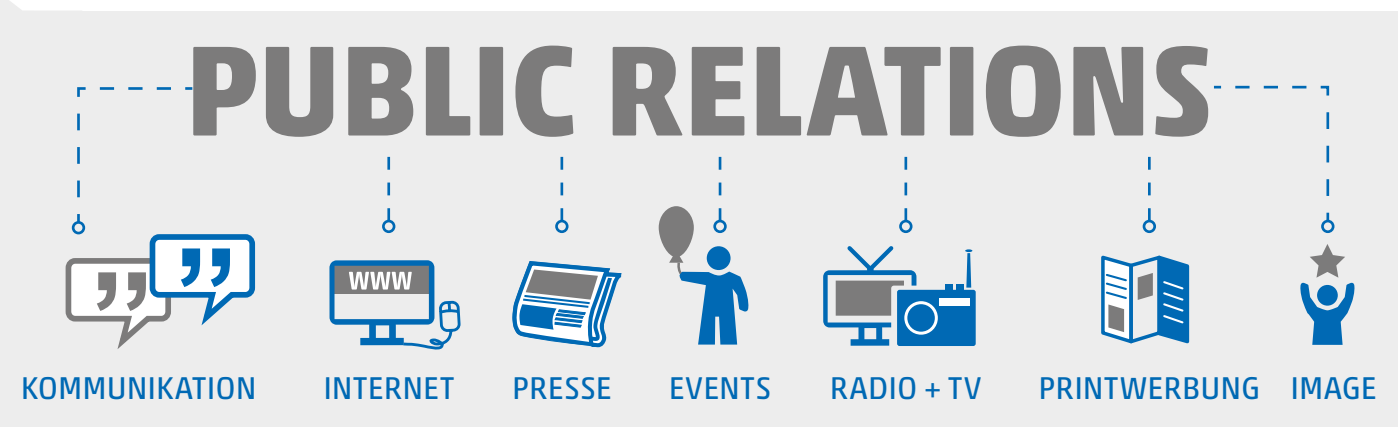


Illustration: Trueffelpix - stock.adobe.com

JETZT SCHON AKTIV WERDEN

Daten zur neuen Grundsteuer müssen bis Ende Oktober 2022 übermittelt werden

Foto: VRD-stock.adobe.com

Die Grundsteuer wird neu geregelt, Eigentümer sind in der Pflicht

2025 wird die neue Grundsteuer in Kraft treten. Doch Eigentümer müssen bereits in diesem Jahr aktiv werden und Daten sammeln, damit die Umstellung reibungslos geschehen kann. Wer dies nicht tut, muss mit empfindlichen Strafen rechnen.

Es ist bereits fast vier Jahre her, als das Bundesverfassungsgericht die bisher geltende Berechnungsgrundlage für die Grundsteuer für verfassungswidrig erklärte, denn das Grundsteuergesetz verstößt laut Auffassung der Richter gegen das Gleichheitsprinzip. Dies liegt vor allem an veralteten Werten. Für Eigentum in Ostdeutschland stammen die Daten aus dem Jahr 1935, in den alten Bundesländern wurden die Werte 1964 festgelegt.

Grundstücke sind dabei teilweise komplett unterschiedlich bewertet worden und das führt zu großen Ungerechtigkeiten bei der Bemessung der Steuersätze. Deutschlandweit müssen nun etwa 24 Millionen Wohnimmobilien neu bewertet werden. Die Besitzer müssen nun handeln und noch in diesem Jahr eine eigene Steuererklärung an das Finanzamt zwecks Neuberechnung einreichen, eine sogenannte Feststellungserklärung. „Bei der Grundsteuer handelt es sich um eine Objektsteuer. Damit wird das Eigentum oder Erbbaurecht an Grundstücken und deren Bebauung besteuert“, erklärt Daniel Ritter, geschäftsführender Gesellschafter bei VON POLL IMMOBILIEN.

Bundesmodell gilt in NRW

Ab dem 1. Januar 2025 wird die neue Grundsteuer fällig. Hausbesitzer sollen im März 2022 postalisch angeschrieben werden, dass sie eine Erklärung zur Feststellung der Grundsteuerwerte abgeben. Stichtag für die Angaben ist der 1. Januar 2022. Über die Steuerplattform Elster können die aktualisierten Daten ab dem 1. Juli 2022 übermittelt werden. Abgabefrist ist der 31. Oktober 2022. Wer die Daten nicht rechtzeitig übermittelt, muss mit teils empfindlichen Strafen rechnen. Bis zu 25.000 Euro Zwangsgeld könnten fällig werden. Darüber hinaus können die zuständigen Finanzämter dann die Schätzung der Daten vornehmen, ob dies dann immer zugunsten der Eigentümer ausfällt, darf aber bezweifelt werden.

Das Grundsteuermodell von NRW ist an das sogenannte Bundesmodell angelehnt. Für Eigentümer von Immobilien in Sachsen oder im Saarland gibt es Abweichungen bei der Steuermesszahl. Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Hamburg haben ein individuelles Modell für die Grundsteuer erstellt. „Für Grundstückseigentümer bedeutet das, dass sie sich in ihrer Stadt beziehungsweise Gemeinde darüber informieren müssen, welche Regelungen vor Ort gelten“, sagt Ritter. Durch das neue Bundesmodell soll eine möglichst genaue Abbildung der Grundstücke und Gebäude für die Bemessung der Grundsteuer vorgenommen werden. Zu diesen Daten gehören: der Bodenrichtwert, die Gebäudefläche, das Gebäudealter, die Grundstücksfläche, die Immobilienart, die Mietniveaustufe sowie die statistische Nettokaltmiete.

Berechnungsformel bleibt bestehen

Das Verfahren, wie die Grundsteuer berechnet wird, verändert sich allerdings nicht. Zur Berechnung dienen dafür der Grundsteuerwert, die Steuermesszahl sowie der Hebesatz, die die Grundsteuer nach dieser Formel ergeben:

Grundsteuerwert x Steuermesszahl x Hebesatz = Grundsteuer

Bis zum Jahr 2025 wird sich für Eigentümer und Mieter erst einmal nichts ändern. Bis dahin wird die Grundsteuer basierend auf den veralteten Werten berechnet. Eigentümer, die ihre Immobilie selbst nutzen, sind für die Entrichtung der Grundsteuer auch nach der Reform weiterhin selbst verantwortlich. Wer ein Gebäude vermietet, kann auch nach 2025 die Grundsteuer anteilig auf die Mieter umlegen, sofern dies im Mietvertrag im Bereich Betriebskosten so vereinbart wurde. Der Verteilerschlüssel greift weiterhin.

Christian Esser

BÜROMARKT KÖLN: CORONASCHOCK BLIEB AUS

Die Immobilienexperten von Greif & Contzen analysieren in ihrem aktuellen Marktbericht den Kölner Büromarkt

Foto: Greif & Contzen

Homeoffice-Trend, Lockdown, konjunkturelle Schwierigkeiten – die Büroimmobilienmärkte mussten in den vergangenen zwei Jahren so manche Hürde nehmen. Köln hat sich in der schwierigen Zeit erstaunlich stabil gezeigt. Wie die Researcher von Greif & Contzen in ihrem aktuellen Marktbericht schreiben, weist der Büromarkt der Domstadt eine der besten Entwicklungen unter den großen Bürostandorten Deutschlands auf, das heißt, die Nachfrage ist stabil, der Flächenumsatz gut.

Mit einem Flächenumsatz von rund 315.000 Quadratmetern knüpft Köln bereits an das Vor-Corona-Niveau an und hat den Mittelwert der vergangenen zehn Jahre sogar wieder geringfügig überschritten. Dabei stärkte vor allem die hohe Flächennachfrage einiger Großnutzer den Markt. „Der Kölner Markt profitiert von einem hohen Anteil öffentlicher Einrichtungen und von resilienten privatwirtschaftlichen Unternehmen, wie beispielsweise Bildungseinrichtungen und Rechtsanwaltskanzleien“, beschreibt Andreas Reul, Leiter des Bereichs Büroimmobilien der Greif & Contzen Immobilienmakler GmbH, die Situation.

Die starke Nachfrage ließ die Mietpreise steigen. Die Spitzenmiete stieg von rund 26,00 Euro pro Quadratmeter auf etwa 27,00 Euro, die ungewichtete Durchschnittsmiete von 14,00 Euro auf circa 15,30 Euro. Die Preisentwicklung betrifft nicht nur hochwertige Bestandsimmobilien und Neubauprojekte in der Innenstadt, sondern auch einige Teilmärkte außerhalb des Zentrums.

Zu wenig Beachtung für den innerstädtischen Büromarkt

In ihrem Büromarktbericht werfen die Researcher von Greif & Contzen auch einen genaueren Blick auf die Kölner Innenstadt. Und stellen fest: Bei den Diskussionen über den Wandel der City kommen die Büroimmobilien zu kurz. Wird über Zustand und die Zukunft des innerstädtischen Kölns diskutiert, so hört man meist Schlagwörter wie „Umsatzeinbußen der Einzelhändler“, „Geschäftsschließungen“ oder gar „Verödung des Stadtzentrums“. „Das greift zu kurz“, sagen die Immobilienexperten von Greif & Contzen und mahnen an, die Bedeutung der Kölner Innenstadt als Bürostandort nicht zu vernachlässigen.

Vor Corona hatte die Innenstadt regelmäßig einen Anteil von über 40 Prozent am Gesamtumsatz des Kölner Büroimmobilienmarktes, 2013 sogar 53 Prozent. 2020 und 2021 waren es jeweils nur rund 27 Prozent.

Verliert die Kölner Innenstadt als Bürostandort also an Bedeutung? Zumindest, so Greif & Contzen, ist der Umsatzrückgang ein Signal, das bei den jetzigen und künftigen Diskussionen über die Entwicklung der Innenstadt einbezogen werden müsse. „Der Umsatzrückgang hängt größtenteils damit zusammen, dass in der Kölner Innenstadt das Flächenangebot an Büroimmobilien zu gering ist“, sagt Andreas Reul.

Die Immobilienexperten von Greif & Contzen plädieren dafür, bei den Diskussionen über die Zukunft der Kölner Innenstadt die Büroimmobilien mehr in den Fokus zu rücken und über Möglichkeiten nachzudenken, diesen den gebührenden Raum zuzubilligen. „Attraktive innerstädtische Büro-Angebote ziehen attraktive Nutzer an. Die wiederum bringen Kaufkraft in die City, beleben diese und haben Interesse, an der positiven Entwicklung ihres Standortes mitzuarbeiten“, erläutert Andreas Reul. Will man das alles für die positive Entwicklung der Innenstadt nutzen, ist rasches Handeln gefragt, denn die Nachfrage nach Büroflächen zieht bereits spürbar an. Greif & Contzen erwartet, dass der innerstädtische Flächenumsatz bei entsprechendem Angebot rasch wieder steigen wird.

Großes Zukunftsthema: Nachhaltigkeit

Künftig wird auf dem Immobilienmarkt ein großer Themenkomplex noch mehr in den Vordergrund rücken: Nachhaltigkeit und ihre Messung und Steigerung im Bau und im laufenden Nutzungsbetrieb. Andreas Reul: „Das wird Projektentwickler bei ihren Neubauvorhaben immer stärker beschäftigen. Aufgrund von neuen gesetzlichen Regelungen muss künftig über Nachhaltigkeitsbemühungen Rechenschaft abgelegt werden. Investoren werden zunehmend solche Bauten bevorzugen, die beispielsweise im Betrieb weniger Ressourcen verbrauchen.“

ⓘ Weitere Infos auf www.greif-contzen.de

HOFFNUNG AUF ERHOLUNG

HDE fordert Anpassung von Coronahilfen für Einzelhandel

Foto: kasto - stock.adobe.com

Kaum etwas los - Einzelhändler fehlen seit Corona die Kunden

Einzelhändler leiden seit zwei Jahren massiv unter den Auswirkungen der Coronapandemie in Deutschland. Ein Blick auf die aktuelle Geschäftslage in dieser Branche zeigt, dass insbesondere kleinere Unternehmen und Betriebe im innerstädtischen Bekleidungshandel besonders belastet sind.

Die aktuellen Regelungen zur Pandemiebewältigung stellen Einzelhändler vor große Herausforderungen und führen zu Umsatzrückgängen. Dazu zählen bspw. die 2G-Regelungen und notwendigen Kontrollen, die die Händler durchführen müssen. Zu diesem Schluss kommt eine aktuelle Umfrage des Handelsverbandes Deutschland (HDE), an der sich etwa 1.300 Handelsunternehmen beteiligten. „Nach einem schwierigen, von der Pandemie geprägten Jahr hofft der Einzelhandel auf ein besseres 2022. Diese Erwartungen werden sich aber nicht für alle Händler erfüllen können. 2G macht es nach wie vor vielen Unternehmen unnötig schwer, wirtschaftlich erfolgreich zu arbeiten. Diese im Kampf gegen die Pandemie nutzlose Maßnahme muss endlich bundesweit fallen“, sagt HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth. Wie belastend die Durchsetzung von 2G-Regeln für die Betriebe ist, zeigt die HDE-Umfrage, nach der 46 Prozent der Händler, die unter 2G arbeiten müssen, ihre Geschäftslage als schlecht bewerten. Dort, wo keine 2G-Regeln gelten, geben noch 24 Prozent der Händler eine schlechte Geschäftslage an. Darüber hinaus belasten die Betriebe Lieferschwierigkeiten. Dies gilt insbesondere für Sportartikel-, Elektronik- oder Haushaltswarengeschäfte.

Online-Handel vor kräftigem Wachstum

Sofern sich Auswirkungen der Pandemie bald mildern und Maßnahmen wie 2G im Handel nicht mehr nötig sind, geht der HDE für die gesamte Branche von einem Umsatzplus von drei Prozent aus. Das größte Wachstum wird laut HDE-Prognosen auf den Online-Handel entfallen. Hier wird mit einem Plus von 13,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gerechnet. Die Umsätze im Einzelhandel inklusive Online-Handel werden sich für das Jahr 2022 auf mehr als 600 Milliarden Euro belaufen, wie der Verband mitteilt. „Obwohl die Umsätze in der Gesamtbilanz wachsen werden, gibt es klare Verlierer. Insbesondere die innerstädtischen Händler werden auch in diesem Jahr noch unter Nachwirkungen der Coronakrise leiden. Insgesamt könnten deshalb in diesem Jahr noch einmal knapp 16.000 Geschäfte verloren gehen“, so Genth. Seit dem Beginn der Coronapandemie in Deutschland waren viele Nicht-Lebensmittelhändler an 263 von 569 Verkaufstagen zwangsgeschlossen oder mussten mit Einschränkungen wie der 2G-Regelung umgehen. Der HDE erneuert aufgrund der angespannten Situation die Forderung nach einer Anpassung von Coronahilfen für betroffene Betriebe, um die Auswirkungen der Pandemie abfedern zu können. „In vielen Stadtzentren droht eine sich weiter verschärfende Situation. Der Handel ist das Rückgrat lebendiger Innenstädte. Die Politik muss endlich sicherstellen, dass die Coronahilfen rasch und zielgerichtet ankommen“, sagt Genth.

Foto: RobertPoorten - stock.adobe.com

Christian Esser

emil weber
SICHER SEIT 1920
BRANDMELDEANLAGEN
SICHERHEITSTECHNIK
KOMMUNIKATIONSTECHNIK
MIDAS-LEITSTELLE
emil weber GmbH & Co. KG · Kornmarkt 14 – 16 · 57072 Siegen
Tel.: 0271 23063-0 · E-Mail: info@emilweber.de
www.emilweber.de

DIGITALES BÜRO GESTALTEN

Wie die Zusammenarbeit in der Cloud gelingt

Foto: peshkov - stock.adobe.com

Ob ERP, ECM oder CRM - das digitale Büro bietet viele Vorteile

Durch die Coronapandemie gab es bei vielen Unternehmen einen regelrechten Digitalisierungsschub, anders wäre an eine Fortführung des Betriebes auch in vielen Fällen nicht denkbar gewesen. Doch noch immer hapert es bei vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen daran, IT-Lösungen zu etablieren.

Das klingt doch so richtig nach Teamwork im 21. Jahrhundert: Mitarbeiter können online am selben Dokument gleichzeitig oder nacheinander arbeiten, ohne dass Akten hin- und hergereicht werden müssen. Die Ablagestapel wachsen nicht mehr länger in die Höhe, sondern werden digital organisiert, Rechnungen können elektronisch erstellt und versendet werden. Doch was so einfach und nach angenehmer Arbeitsatmosphäre klingt, klappt bei vielen KMU nicht, denn es fehlt zum Installieren solcher Lösungen an Know-how. Der Digitalverband Bitkom will nun Abhilfe schaffen und hat mit „Das Digital Office aus der Cloud“ einen Leitfaden mit Beispielen konzipiert, wie man Angebote aus der Cloud schaffen kann. „Wer auf Cloud-Dienste setzt, muss nicht zu Beginn hohe Summen in Hardware und Lizenzen investieren, sondern zahlt für die Leistung, die genutzt wird – und die mit dem eigenen Bedarf mitwachsen kann“, sagt Nils Britze, Bereichsleiter Digitale Geschäftsprozesse beim Bitkom. „Dazu kommt, dass Digitalisierungsprojekte, die auf Cloud-Lösungen zurückgreifen, häufig schneller zu realisieren sind. In der Coronapandemie mit ihren wirtschaftlichen Folgen für viele Unternehmen ist Zeit ein wichtiger Faktor.“

Wie ERP, ECM und CRM funktionieren

Der Leitfaden beginnt mit einer Einführung hinsichtlich der Bedeutung von Geschäftsprozessen im digitalen Büro und widmet sich den drei Hauptanwendungen: dem Kundenmanagement CRM (Customer relations management), der Ressourcenplanung ERP (Enterprise resource planning) und dem Workflowmanagement ECM (Enterprise content management). Der Leitfaden stellt zu den drei Bereichen konkrete Anwendungsmöglichkeiten vor, bspw. für den Einsatz von CRM-Systemen im Vertrieb und Projektmanagement, für die Nutzung von ERP zur Beschaffung oder Rechnungsbearbeitung sowie zur Nutzung von ECM zwecks Archivierung und Vertragsmanagement.

Ein Sonderkapitel des Leitfadens befasst sich mit Anforderungen an die Cloud-Nutzung für das Digital Office. Hierbei wird auf Vorgaben zum Datenschutz hingewiesen und wie sich die Sicherheit der Cloud gewährleisten lässt. Außerdem wird erläutert, welche Bedeutung die Migration bestehender Anwendungen und Daten sowie Schnittstellen zu Unternehmenslösungen haben, die nicht Teil der Cloud werden sollen. „Cloud-Lösungen können ein Treiber der Digitalisierung in den Unternehmen sein“, so Britze. „Das Digital Office gewährleistet die ortsunabhängige und medienbruchfreie Zusammenarbeit und liefert damit einen konkreten Beitrag zur Wertschöpfung.“

Über www.bitkom.org/Bitkom/Publikation/Das-Digital-Office-aus-der-Cloud kann der Leitfaden „Das Digital Office aus der Cloud – Anwendungsbeispiele, Potenziale & Anforderungen“ kostenlos heruntergeladen werden.

Christian Esser

IHRE NEUE IP-TELEFONANLAGE FÜR DEN DIGITALEN ARBEITSPLATZ

Ob HomeOffice, Cloud-Telefonanlage oder ein klassisches Telefon auf dem Tisch. Immer und überall erreichbar!

Bei Kalthöfer bekommen Sie die perfekt zugeschnittene Kommunikationslösung für Ihr Unternehmen.

Rufen Sie uns an – wir kümmern uns, gemeinsam mit unserem Partner Atos.

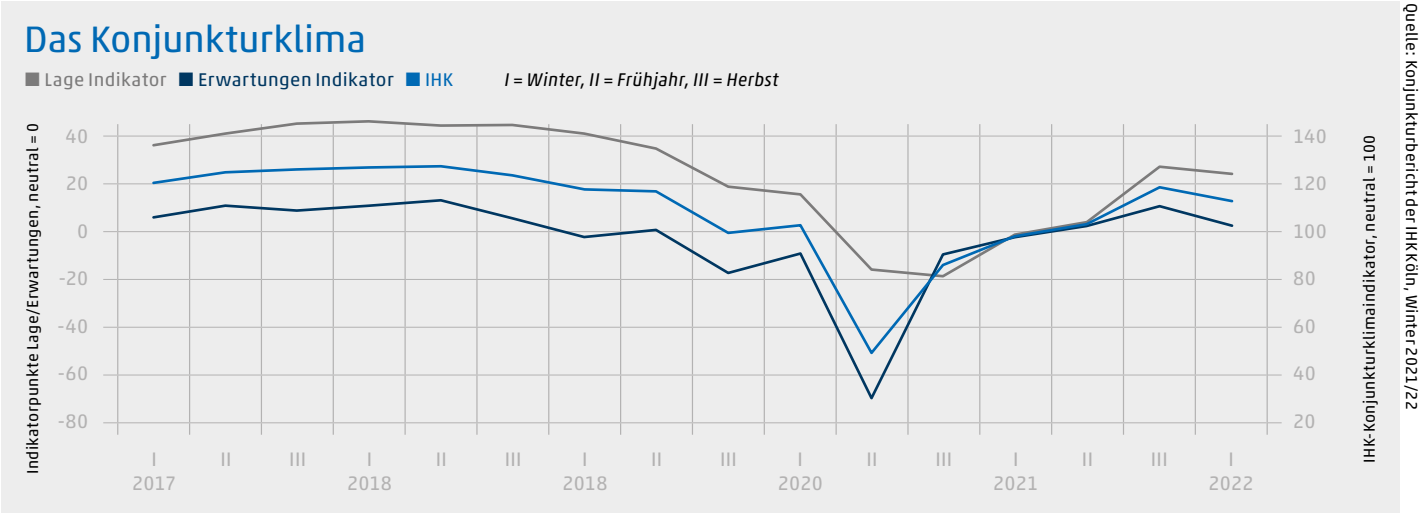
www.kalthoefer.de | 0221 / 8013079-0

Atos Unify Partner

KALTHÖFER
IT | SICHERHEITSTECHNIK | TELEKOMMUNIKATION

GEDÄMPFTER AUFSCHWUNG

Inflation und Fachkräftemangel belasten Betriebe



Knappe Rohstoffe, mangelnde Vorprodukte, rasant steigende Energie- und Rohstoffpreise sowie fehlende Arbeitskräfte machen den regionalen Betrieben Probleme und dämpfen die Konjunktur. Das zeigen die aktuellen Umfragewerte der IHK Köln zur Konjunktur.

Der Konjunkturklimaindikator für den IHK-Bezirk Köln ist von 117,9 auf 112,7 Punkte gefallen. Dieser Wert verdeutlicht, dass die Region immer noch auf einem Wachstumskurs ist. Mit 112,7 Punkten liegt der Wert über dem langjährigen Durchschnitt von 111 Punkten und im Vergleich zur Vorjahresumfrage im Coronawinter 2020/2021 um 15 Punkte höher. „Die gute Nachricht ist, dass die Nachfrage nach den Produkten und Diensten vieler Unternehmen weiter groß ist“, sagt IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Uwe Vetterlein und führt fort: „Lieferprobleme, der starke Preisanstieg bei der Energie und Vorprodukten sowie der Fachkräftemangel kosten die regionale Wirtschaft aber Wachstum, weil Aufträge nicht oder nur verzögert abgearbeitet werden können.“

Schlechtere Zukunftsaussichten

Aufgrund dieser Schwierigkeiten sind die Zukunftsaussichten der Betriebe in der Region derzeit verhaltener. Die Bewertung bzgl. der Erwartungen für die kommenden zwölf Monate sank im Vergleich zur Vorumfrage im Herbst 2021 von 9,5 auf 2,3 Punkte. Das heißt, dass die Zahl der Betriebe, die an eine Verbesserung ihrer Geschäftslage in Zukunft glaubt, nur unwesentlich größer ist, als die Zahl derjenigen, die eine Verschlechterung ihrer Situation befürchtet. Eine positive Erwartungshaltung haben Betriebe aus den Branchen: Versicherungswirtschaft, Kreditwirtschaft, Immobilienwirtschaft, chemische und pharmazeutische Industrie sowie der Einzelhandel. Pessimistisch sind weiterhin die Branchen, die besonders hart von der Coronapandemie betroffen sind, wie vor allem das Hotel- und Gaststättengewerbe. Sie blicken weiterhin mit einer schlechten Erwartungshaltung in die Zukunft.

Als größtes aktuelles Problem für die Unternehmen in der Region sehen die befragten Unternehmen im IHK-Bezirk Köln die hohen Energie- und Rohstoffpreise. 70 Prozent geben dies an. Ähnlich viele Betriebe sehen den Fachkräftemangel als größtes Geschäftsrisiko. „Eine kalkulierbare Ausgestaltung der Energiewende, eine bessere Berufsorientierung in den Schulen und gute Integrationsperspektiven für Fachkräfte aus dem Ausland müssen daher im Fokus der Wirtschaftspolitik stehen, wenn wir Wertschöpfung und Wohlstandsniveau in Deutschland halten und ausbauen wollen“, sagt Vetterlein.

Die IHK Köln glaubt, dass angesichts des möglicherweise vorgezogenen Kohleausstiegs und durch den demografischen Wandel die Skepsis und Verunsicherung der Unternehmen in der Region künftig noch weiter steigen werden. „Es wird jetzt darauf ankommen, ob zum Beispiel bei Planungs- und Genehmigungsprozessen die versprochene Beschleunigung der Verfahren wirklich gelingt. Mit dem Rheinischen Revier und den vielen Industrieunternehmen in energieintensiven Branchen steht gerade für unsere Region viel auf dem Spiel“, so Vetterlein.

Lage in der Region

In der Winterumfrage 2021/2022 ist der Lageindikator per saldo geringfügig um 2,7 Punkte gesunken. 40 Prozent der Unternehmen melden derzeit eine gute Geschäftslage, 16 Prozent geht es dagegen schlecht. Mit 70 Prozent bewertet der Großteil aller befragten Betriebe seine Finanzlage als unproblematisch. 15 Prozent hingegen kämpfen mit Eigenkapitalrückgängen sowie Liquiditätsengpässen. Die befragten Unternehmen bekommen aktuell die ungewöhnlich starke Inflation zu spüren. Über steigende Preise und Lieferschwierigkeiten klagen viele Unternehmen. 90 Prozent sind von Preissteigerungen betroffen. In der Industrie klagen fast alle Betriebe über zuletzt deutlich gestiegene Preise, bspw. für Energie. 75 Prozent der Industriebetriebe sind sogar von erheblichen Preisanstiegen betroffen. Ähnlich hart treffen die Preissteigerungen den Einzelhandel. 95 Prozent der befragten Einzelhändler geben an, dass sie unter Preisanstiegen leiden. Das Problem von Lieferschwierigkeiten betrifft darüber hinaus mittlerweile alle Branchen, und

dass sich diese Situation schnell wieder verbessert, glaubt nur ein Bruchteil der Unternehmen in der Region. Das Problem dürfte noch länger anhalten.

Exporterwartungen fallen

Unternehmen, die Waren ins Ausland exportieren, melden aktuell gedämpfte Erwartungen und zeigen sich deutlich zurückhaltender als noch bei der Konjunkturumfrage im Herbst 2021. 16 Prozent gehen davon aus, dass sich das Exportvolumen künftig erhöht (Vorumfrage: 24 Prozent), 15 Prozent der exportorientierten Betriebe gehen von einem geringeren Volumen aus. Allerdings zeigen sich die Unternehmen bei Investitionen im Ausland wieder aktiver. 42 Prozent der Unternehmen, die im Ausland aktiv sind, gehen von höheren Auslandsinvestitionen aus (Vorumfrage: 22 Prozent), lediglich zehn Prozent der Befragten (Vorumfrage: 22 Prozent) wollen sich künftig stärker zurückhalten.

Das Thema Umweltschutz rückt bei den Unternehmen immer stärker in den Fokus. Bereits seit 2016 investieren die Unternehmen im IHK-Bezirk Köln stärker in nachhaltige Prozesse und die Umwelt. Aktuell planen 27 Prozent der Betriebe Investitionen in den Umweltschutz. Der größte Investitionsbedarf der Unternehmen bleibt aber weiterhin der Ersatzbedarf, 63 Prozent der Befragten geben diesen Investitionsgrund an. Weitere Motive für Investitionen sind Rationalisierung (37 Prozent), Produktinnovation (33 Prozent) und die Ausweitung von Kapazitäten (29 Prozent). Allerdings gehen Investitionen in den letztgenannten Bereich häufig gleichzeitig mit einem positiven Effekt auf die Umwelt einher.

Betriebe suchen weniger Personal

Die Einstellungsbereitschaft der Betriebe in der Region hat sich im Vergleich zur Umfrage nur geringfügig verändert, ist allerdings etwas zurückhaltender als noch zuvor. 26 Prozent der Befragten wollen ihr Personal aufstocken, 15 Prozent wollen Personal reduzieren. Mit 59 Prozent geben die meisten Unternehmen an, dass sie den bisherigen Beschäftigungsstamm unverändert halten wollen. Industriebetriebe, die Dienstleistungswirtschaft sowie der Großhandel gehen aktuell davon aus, dass sie einen höheren Personalbedarf haben werden. Im Vergleich dazu wollen Betriebe aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe, Papier-, Verlags- und Druckgewerbe sowie der Elektroindustrie künftig mit weniger Personal arbeiten.

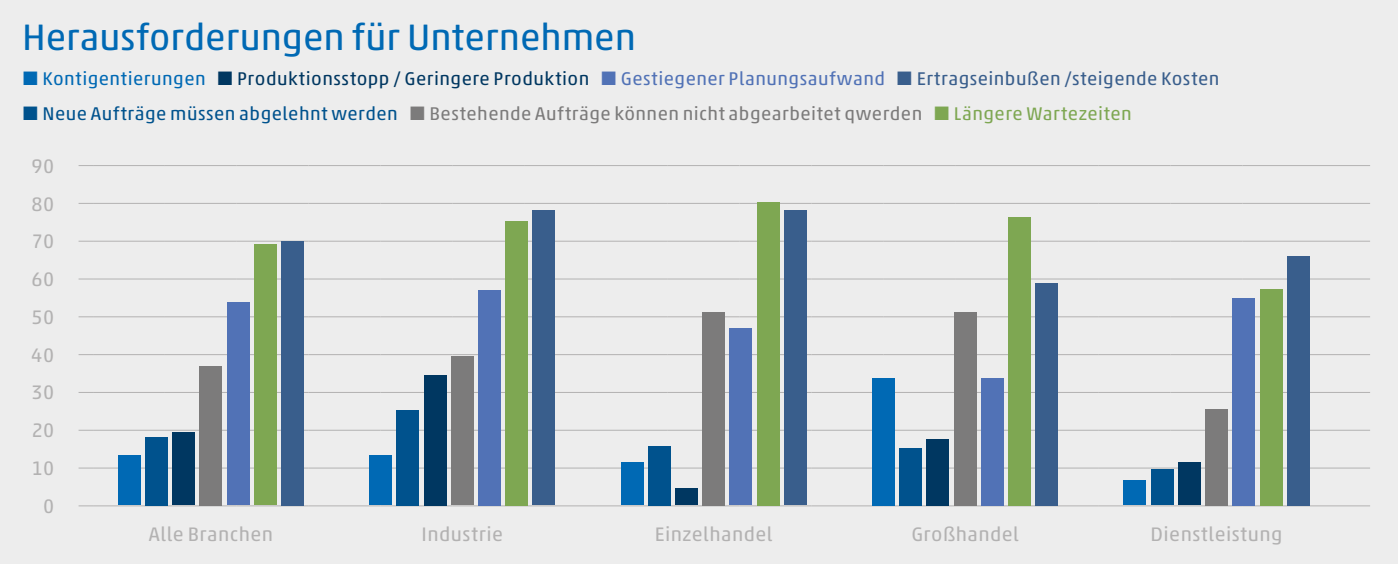
Düstere Zeiten für Hotels

Nachdem sich zum Herbst die Zahlen im stark von der Coronapandemie gebeutelten Hotel- und Gaststättengewerbe wieder etwas erholen konnten, ist der kurz anhaltende Aufschwung bereits wieder dahin. Im Vergleich zur Vorumfrage bewerteten die Betriebe ihre Lage noch einmal deutlich schlechter als bereits zuvor (Rückgang um 45 Punkte) und sehen sich einer ähnlichen Lage wie zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 gegenüber. Auch die Erwartungshaltung ist noch einmal deutlich pessimistisch. Kaum ein Betrieb will derzeit investieren oder mehr Personal einstellen, dafür fehlen den Betrieben das Geld und die Nachfrage. „Das Hotel- und Gaststättengewerbe leidet wie die Veranstaltungsbranche weiterhin massiv unter den Corona-Einschränkungen“, sagt Hauptgeschäftsführer Vetterlein und erklärt weiter: „Diese Branchen sind derzeit von der allgemeinen Konjunkturentwicklung abgehängt und weiterhin auf staatliche Hilfsmaßnahmen angewiesen, solange die Einschränkungen so massiv bleiben.“ Dazu kommt noch, dass die Branche seit der Coronakrise unter einem ausgeprägten Personalmangel leidet. Viele Angestellte haben in den vergangenen Jahren die Branche gewechselt und stehen den Betrieben nun nicht mehr zur Verfügung. Auch die Anfrage auf dem Ausbildungsmarkt ist derzeit sehr begrenzt.

Kölner Ergebnisse

Die Lage und die Erwartungshaltung der Betriebe aus der Stadt Köln haben sich im Vergleich zur Vorumfrage vom Herbst 2021 kaum verändert. 43 Prozent der Betriebe aus der Domstadt geben eine gute Geschäftslage an, 16,6 Prozent der Betriebe geht es schlecht. Jedes fünfte Unternehmen glaubt an eine positive Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten. Allerdings ist die Investitionsbereitschaft der Betriebe im Vergleich zum Herbst leicht gesunken, dennoch will jeder dritte Betrieb höhere Investitionen tätigen, allerdings möchte auch jedes fünfte Unternehmen künftig weniger investieren. Etwa 30 Prozent der Betriebe aus Köln wollen künftig mehr Personal beschäftigen, 15 Prozent der Befragten planen in Zukunft mit weniger Personal. Als Hauptrisiken für ihre Tätigkeit nennen die Betriebe den Fachkräftemangel, die Energie- und Rohstoffpreise sowie die Inlandsnachfrage.

Christian Esser



Quelle: Konjunkturbericht der IHK Köln, Winter 2021/22

Foto: MB.Photostock - stock.adobe.com / Illustration: Natalia - stock.adobe.com

IMPFVERWEIGERUNG IM UNTERNEHMEN

Über arbeitsrechtliche Optionen für Arbeitgeber bei Impfverweigerung und Impfzertifikatsfälschung

Die Gräben, die sich im gesellschaftlichen Diskurs zwischen impfwilligen und impfunwilligen Personen aufgetan haben, machen sich zusehends auch im Arbeitsverhältnis bemerkbar. Der seit dem 24. November 2021 – vorerst bis einschließlich 19. März 2022 – geltende § 28b IfSG sieht vor, dass nur geimpfte, genesene oder getestete Beschäftigte die Arbeitsstätte betreten dürfen (Abs. 1) und Arbeitgeber entsprechende Kontrollpflichten treffen (Abs. 3). Ungeimpften und nicht genesenen Beschäftigten bleibt mithin nur noch die Möglichkeit, mittels eines täglich durchzuführenden Tests den Betrieb zu betreten. Zwar können auch geimpfte/genesene Mitarbeiter auf die Alternative des negativen Tests zurückgreifen, häufig wird jedoch die einmalige Vorlage des Impf- bzw. Genesenennachweises dem täglichen Testnachweis schon aus Bequemlichkeit vorgezogen.

Seitdem diese Regelungen und die weiteren landesrechtlichen Vorgaben (z. B. aus der CoronaSchVO NRW) in Kraft traten, die häufig Zutrittsrechte an den Status „geimpft/genesen“ knüpfen, mehren sich Fälle von gefälschten Impf- und Testzertifikaten, die nunmehr auch Arbeitgebern vorgelegt werden.

Zum einen sind Arbeitgeber mit der Frage konfrontiert, welchen Prüfungsmaßstab sie bei der Kontrolle anzulegen haben, denn gemäß § 73 Abs. 1a Nr. 11d IfSG begeht auch derjenige eine Ordnungswidrigkeit und kann mit einem Bußgeld in Höhe von bis zu 25.000,00 Euro belegt werden, der die Kontrollen nicht oder bereits nicht sorgfältig überwacht. Zum anderen müssen Arbeitgeber sich fragen, welche arbeitsrechtlichen Instrumentarien ihnen bei Verdacht eines gefälschten Nachweises zur Verfügung stehen.

Anfangsverdachtsmomente erkennen

Die Kontrollen der 3G-Nachweise sind vom Arbeitgeber sorgfältig durchzuführen und zu dokumentieren. Für Impf- und Genesenennachweise kann eine einmalige Klärung ein Zutrittsrecht ohne weitere tägliche Kontrolle ermöglichen. Eine sorgfältige Kontrolle fördert aber häufig erste Bedenken an der Richtigkeit des Nachweises zutage. Diese ergeben sich in aller Regel aus Inkongruenzen zwischen dem bisherigen Verhalten des Arbeitnehmers und seinem 3G-Nachweis, d. h., der Impfstatus erschien schlicht nicht plausibel.

Die bisher in der Praxis aufgetretenen Fälle haben gemein, dass die verdächtigen Arbeitnehmer zuvor – meist lautstark – ihre Ablehnung hinsichtlich der Impfung im Speziellen und der Coronaschutzmaßnahmen bzw. der Coronapandemie im Allgemeinen kundgetan haben. Verdächtig wurde dieses Verhalten erst, als ebendiese vormaligen Wortführer wider die Impfkampagne nach Einführung der 3G-Regel im Betrieb plötzlich und (zumeist kommentarlos) einen Impfnachweis vorlegten, statt sich täglich einem Test zu unterziehen.

Weitere Verdachtsmomente ergaben sich aus den zeitlichen und örtlichen Umstän-

den: Häufig auftretende zeitliche Indizien war die zu enge Taktung der einzelnen Impfungen (bspw. weniger als vier Monate zwischen Erst-, Zweit- und Auffrischungsimpfung), was den elektronischen Corona-Apps zu entnehmen ist. Soweit die Impfpässe vorgezeigt wurden, ergab sich des Öfteren, dass die Impfung angeblich an einem Tag durchgeführt wurde, an dem der Arbeitnehmer im Betrieb zur gleichen Zeit anwesend war, in denen auch die Öffnungszeiten des Impfzentrums lagen, was erst recht dann befremdet, wenn die Impfungen in entfernt liegenden Impfzentren stattgefunden haben sollen.

Kontrollpflicht

Sollte ein Arbeitgeber erste Verdachtsmomente, dass ein gefälschter Impfnachweis vorliegt, erkennen, ist es ratsam, weiter nachzuforschen. Während in aller Regel ein Scan des QR-Codes der einschlägigen Apps zur Kontrolle ausreicht, bedarf es bei ersten Verdachtsmomenten einer vertieften Prüfung. Zunächst sollte der Arbeitnehmer aufgefordert werden, die erfolgten Impfungen mittels seines Impfpasses nachzuweisen. Hintergrund ist der, dass die vorgenannten Umstände, die einen Verdacht begründen und verstärken können, sich aus dem QR-Code nicht ohne Weiteres absehen lassen. Auf der anderen Seite gibt es hingegen kein Recht des Arbeitnehmers, den Impfnachweis allein mittels der App zu erbringen – ein Arbeitgeber darf also letztlich Einsicht in den Impfpass nehmen. Sofern sich der Verdacht erhärtet, kann der Arbeitgeber zum einen das Gesundheitsamt informieren, zum anderen wegen der in §§ 74 Abs. 2, 75a IfSG, §§ 277, 279 StGB geregelten Strafbarkeit aber auch Strafanzeige bei der Polizei erstatten. Die polizeilichen Ermittlungen werden dann dem Impfpass die Chargennummer der Impfungen sowie das Impfzentrum entnehmen und dort prüfen, ob am angegebenen Tag der Arbeitnehmer tatsächlich geimpft wurde – nicht selten wurde die Chargennummer am entsprechenden Tag nicht verimpft oder existiert nicht einmal.

Reaktion des Arbeitgebers bei bestätigtem Verdacht

Bestehen gewichtige Verdachtsmomente und erhärtet sich dieser Verdacht im Laufe der weiteren Ermittlungen, kommt eine fristlose oder fristgerechte Kündigung in Betracht, je nach Sachlage wegen erwiesener Tat oder eines dringenden Verdachts. Das Erschleichen des Zutritts ohne Negativtestung oder Grundimmunisierung stellt einen ganz erheblichen Verstoß gegen arbeitsvertragliche Pflichten dar – nicht zuletzt, weil Personen, die keines der 3G-Kriterien erfüllen, eine deutlich größere Gefahr begründen, das Virus in den Betrieb zu tragen. Das gefährdet unmittelbar die Gesundheit der Kollegen und dadurch mittelbar die Arbeitsfähigkeit des Betriebs. Angesichts der aus § 618 BGB resultierenden Arbeitgeberpflicht, Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Beschäftigten zu ergreifen, sind Arbeitgeber also gehalten, sorgfältig die Wahrung der 3G-Kriterien zu kontrollieren. Die Bedeutung einer Impfung oder zumindest einer regelmäßigen Testung ist auch durch die mediale Omnipräsenz derart offenkundig, dass eine Abmahnung nicht angezeigt scheint. Einer Abmahnung bedarf es nämlich insbesondere dann nicht, wenn es sich um eine schwere Pflichtverletzung handelt, deren Rechtswidrigkeit dem Arbeitnehmer ohne Weiteres erkennbar ist, und wenn die Hinnahme des Verhaltens durch den Arbeitgeber offensichtlich ausgeschlossen ist. Wer den Aufwand auf sich nimmt, ein Impfzertifikat zu fälschen, um seinen Arbeitgeber über die Zutrittsberechtigung zu täuschen, ist sich des Pflichtverstoßes auch ohne Abmahnung wohl bewusst.

Einschlägige Rechtsprechung zu diesem Themenkomplex ist dennoch nicht bekannt – interessanterweise musste von den bisher bekannten Fällen noch keiner gerichtlich entschieden werden, da alle mutmaßlichen Zertifikatfälscher soweit ersichtlich keine Klage erhoben haben.

Lohnzahlungspflicht bei Impfverweigerern

Auf der operativen Ebene stellt sich die Frage, wie mit Arbeitnehmern umzugehen ist, die sich weigern, einen ordnungsgemäßen Nachweis i. S. d. § 28b IfSG vorzulegen. Sofern eine Erbringung der Tätigkeit aus dem Homeoffice möglich ist – also keine zwingenden betriebsbedingten Gründe entgegenstehen –, gebietet es bereits § 28b Abs. 4 IfSG, den Arbeitnehmer dort einzusetzen.

Liegen jedoch zwingende betriebsbedingte Gründe vor, die einer Tätigkeit im Homeoffice entgegenstehen, entfällt nach dem Grundsatz „Ohne Arbeit kein Lohn“ auch der Entgeltanspruch des Arbeitnehmers. Der Arbeitnehmer hat ohne tauglichen 3G-Nachweis seine Leistung auch nicht ordnungsgemäß angeboten. Hierzu liegen bereits erste Entscheidungen vor, wonach kein Beschäftigungs- bzw. Lohnzahlungsanspruch besteht, wenn ein aufgrund wirksamer Rechtsgrundlage verlangter Testnachweis nicht erbracht wird (LAG München 26.10.2021 – 9 Sa 332/21).

Auch im Fall einer tatsächlichen Infektion und nachfolgend behördlich angeordneten Quarantäne i. S. v. §§ 30, 32, 36 Abs. 8 IfSG wird nicht in jedem Fall eine Arbeitsleistung im Homeoffice möglich sein. Für diesen Fall gehen die Bundesländer sowie der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags davon aus, dass eine staatliche Entschädigung für den quarantänebedingten Verdienstausfall, die über den Arbeitgeber abgewickelt wird, nur jener Person zusteht, die auch die öffentlich empfohlene Auffrischungsimpfung (Booster) erhalten hat.

Diese Wertung lässt sich im Ergebnis auch auf die arbeitsrechtlichen Lohnfortzahlungsansprüche übertragen: In § 56 Abs. 1 S. 4 IfSG lässt die Vermeidbarkeit, z. B. durch öffentlich empfohlene Impfungen oder unterlassene Reisen in Risikogebiete, den Entschädigungsanspruch entfallen. In § 616 BGB und in § 3 Abs. 1 S. 1 EFZG wird in ähnlicher Weise verlangt, dass den Arbeitnehmer gerade kein Eigenverschulden an der Verhinderung der Arbeitsleistung trifft.

Für Arbeitgeber bedeutet dies: Arbeitnehmer, die wegen einer Infektion in Quarantäne sind, sollten kein Gehalt erhalten, solange sie keine Informationen über den Impfstatus mitgeteilt haben. Wer vollständig geimpft war und auch die Auffrischungsimpfung erhalten hat, bekommt Gehalt. Wer nicht geimpft war oder die Auffrischungsimpfung noch nicht erhalten hat, erhält nur dann Gehalt, wenn er nachweisen kann, dass er sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen konnte.

Gastautor: Axel Braun, Fachanwalt für Arbeitsrecht bei Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Foto: lezjh-stock.adobe.com

Die Herausforderungen, beispielsweise der Umgang mit Corona-Beschränkungen, für die regionale Wirtschaft sind groß

GROSSE HERAUS-FORDERUNGEN

IHK Köln stellt Jahresthemen für die regionale Wirtschaft vor

Das Jahr 2022 steht weiterhin massiv unter dem Einfluss der Coronapandemie. Durch die Virus-Variante „Omikron" schnellen die Inzidenzwerte in die Höhe. Die Herausforderungen für die regionale Wirtschaft sind groß. Als Kernthemen benennt die IHK Köln den Fachkräftemangel, die Entwicklung der Innenstädte und des Rheinischen Reviers.

Schon vor der Pandemie hatten es Einzelhändler in den Innenstädten schwer. Immer mehr Menschen bestellen Waren im Internet. Das Coronavirus hat diese negative Entwicklung für Einzelhändler in der Kölner Region und im gesamten Bundesgebiet noch einmal forciert. Immer mehr Ladenlokale stehen leer, Einkaufspassagen büßen an Attraktivität ein und nur zum Shoppen zieht es immer weniger Menschen in die Innenstädte. Zudem kämpfen Einzelhändler seit etwa zwei Jahren mit zwischenzeitlichen Schließungen und erhöhtem Mehraufwand durch Kontrollen von Impf-, Genesenen- oder Teststatus. Zudem sind viele Betriebe auf staatliche Hilfszahlungen angewiesen, da Absätze stark gesunken sind. „Am Beispiel Kölns sehen wir, dass wie in allen anderen Innenstädten jetzt gehandelt werden muss. Dazu brauchen wir einen neuen Nutzungsmix, der der geringer werdenden Dominanz des Handels Rechnung trägt. Jede Innenstadt ist dabei individuell zu bewerten und braucht eigene Konzepte", sagt Uwe Vetterlein, Hauptgeschäftsführer der IHK Köln.

Als Grundvoraussetzung für die Attraktivität von Innenstädten nennt die IHK Köln deren Erreichbarkeit. Ohne gute ausgebaute ÖPNV-Angebote, ohne gute Erreichbarkeit per Individualverkehr und ohne sichere Rad- und Fußwege würden die Städte nicht mehr funktionieren, schon gar nicht das Oberzentrum Köln, wie die IHK Köln mitteilt. Wichtig sei ein öffentlicher Nahverkehr, der den Ansprüchen einer Metropole genüge. Dies sei auch Voraussetzung für die gewünschte Verkehrswende. „Die Entscheidung über die Ost-West-Achse, die für 2022 ansteht, ist für uns insofern ein Lackmustest, inwiefern es der Kölner Politik um eine ernst gemeinte Verkehrswende oder nur um ein ideologisch motiviertes Verdrängen des Autos als Verkehrsmittel geht", so Vetterlein.

Zukunftschance Rheinisches Revier

Für die IHK Köln ist die Zukunft des Rheinischen Reviers eine riesige Chance für die gesamte Region. „Wie wir mit dem Revier umgehen, wie wir die Energieversorgung klimaneutral sicherstellen und welche Industrien wir hier ansiedeln, entscheidet über die Zukunft der Wirtschaft entlang der gesamten Rheinschiene. Wir brauchen jetzt Rahmenbedingungen, die unternehmerische Investitionen anziehen. Dazu gehört an erster Stelle die Versorgungssicherheit mit Strom und anderen klimaneutralen Energieträgern. Neue zukunftsfeste Arbeitsplätze und Innovationen können nur auf dafür ausgewiesenen neuen oder umgewidmeten Industrieflächen mit der erforderlichen Infrastruktur entstehen. Nur dann kann das Rheinische Revier zum Vorreiter für eine moderne und klimaneutrale Industrieregion werden", meint Vetterlein und fügt hinzu: „Wir alle wollen eine klimaneutrale Wirtschaft, aber wir brauchen eine sichere und bezahlbare Energieversorgung, vernünftige und schnelle Planungs- und Genehmigungsprozesse, sehr schnell neue Flächen für Industrie und kein Klein-Klein mit vielen Partikularinteressen", appelliert der Hauptgeschäftsführer der IHK Köln. Um dies zu gewährleisten, befindet sich die IHK Köln mit allen Akteuren im Austausch, da das Thema hohe Priorität habe. „Es gibt für die regionale Wirtschaft sehr viele Herausforderungen, es ist eine Zeit des schnellen Wandels, Corona hat in vielen Bereichen wie ein Beschleuniger gewirkt. Aber da alle Fragen schon lange bekannt sind: Angesichts der ambitionierten Zeitpläne für den Braunkohleausstieg gibt es nur ein sehr enges Zeitfenster für hoch konzentriertes Handeln. Es sollte sowohl Politik, Verwaltung als auch den Unternehmen in der Region klar sein, dass wir jetzt nur in einer gemeinsamen gewaltigen Kraftanstrengung diese Zukunftsaufgaben bewältigen können", meint Uwe Vetterlein.

Christian Esser

Foto: IHK Köln / Olaf-Wull Nickel

Uwe Vetterlein ist Hauptgeschäftsführer der IHK Köln

FINANZIERUNG: KÖNNEN WIR.

Einfach, sicher, neutral: das Finanzierungsportal der Deutschen Bürgschaftsbanken

Existenzgründer und Unternehmer aufgepasst: Immer dann, wenn Sicherheiten fehlen, können Sie Ihre Anfrage direkt, digital und zu jeder Zeit über das Finanzierungsportal ermoeglicher.de an die Bürgschaftsbank NRW senden. Denn „gute Ideen dürfen nicht an fehlenden Sicherheiten scheitern. Für uns zählen die handelnden Personen und die Geschäftsaussichten“, erklärt Manfred Thivessen, Geschäftsführer der Bürgschaftsbank Nordrhein-Westfalen GmbH, „zusammen mit ihrer Hausbank finden wir dann die beste Lösung.“

Als Wirtschaftsförderinstitut besichert die Bürgschaftsbank NRW seit über 65 Jahren Kredite von Hausbanken bis zu 80 Prozent. Auch Steuer- und Unternehmensberater können die Plattform für ihre Mandanten nutzen und das Vorhaben vorab schildern. Eine erste Rückmeldung und Einschätzung erhält der Anfragesteller von dem Expertenteam der Bürgschaftsbank NRW spätestens am nächsten Werktag. Das Portal und der komplette Service bleiben dabei kostenlos.

Eine weitere Alternative bietet die Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH (KBG) NRW, die in Form einer stillen Beteiligung die Eigenkapitalbasis von Existenzgründern und bestehenden Unternehmen stärkt und somit auch direkt Finanzierungsmittel zur Verfügung stellt. So können Unternehmen eine bessere Kapitalquote erreichen, die wiederum den Zugang zu Fremdkapital erleichtert.

ⓘ Weitere Informationen unter
www.ermoeglicher.de
www.bb-nrw.de

Foto: Bürgschaftsbank NRW

Manfred Thivessen,
Geschäftsführer der Bürgschaftsbank NRW

WIR SERVIEREN: IHRE FINANZIERUNG

Ohne Umwege zur optimalen Finanzierung

finanzierungsportal.ermoeglicher.de

Bürgschaftsbank NRW GmbH
Hellbergstraße 18, 41460 Neuss
Tel.: 02131 5107-0 oder E-Mail: info@bb-nrw.de
Besuchen Sie uns auf: www.bb-nrw.de

BÜRGSCHAFTSBANK NORDRHEIN-WESTFALEN

KEINE GUTE ZEIT ZUM GRÜNDEN?

Auswirkungen der Pandemie auf Gründungen und Insolvenzen

Foto: Chaotic_Photography - stock.adobe.com

Die Pandemie hat Auswirkungen auf das Gründungsverhalten in NRW

Die Coronapandemie hat nicht nur die Wirtschaft insgesamt massiv getroffen, sie hatte auch Auswirkungen darauf, wie viele Betriebe neu gegründet wurden. Im ersten Pandemiejahr 2020 ging die Zahl der Gründungen um zehn Prozent zurück. Gleichzeitig sank aber auch die Zahl der Betriebsaufgaben um 18 Prozent.

Die NRW.Bank hat in einer aktuellen Erhebung regionalwirtschaftliche Profile für neun Regionen in Nordrhein-Westfalen erstellt und aktualisiert, um die Auswirkungen der Coronapandemie auf die regionale Wirtschaft zu verdeutlichen. Darüber gibt die Förderbank einen detaillierten Einblick in Trends der NRW-Wirtschaftsregion sowie in die sozioökonomischen Strukturen der untersuchten Regionen. Untersucht wurden die Regionen: Aachen, Bergisches Städtedreieck, Düsseldorf, Köln/Bonn, Metropole Ruhr, Münsterland, Niederrhein, Ostwestfalen-Lippe und Südwestfalen. „Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist bislang vergleichsweise gut durch die Coronapandemie gekommen“, sagt Eckhard Forst, Vorstandsvorsitzender der NRW. BANK. „In konjunkturell schwachen Zeiten steigen die Insolvenzen, so wie es zum Beispiel 2012 während der Eurokrise der Fall war. Durch die umfangreichen Coronahilfen konnte diese Entwicklung bisher weitestgehend abgemildert werden.“

Köln beliebt bei Gründern

Die aktuelle Studie erhebt den Saldo für das Gründungsgeschehen in den neun Wirtschaftsregionen. In den Regionen Düsseldorf und Köln/Bonn sind die Werte trotz der Pandemie weiterhin sehr hoch und fallen deutlich zugunsten der Gründungen aus im Vergleich zu Betriebsaufgaben. In der Landeshauptstadt Düsseldorf werden durchschnittlich auf 10.000 Einwohner gerechnet 15 Betriebe mehr gegründet, als aufgegeben werden. In der Wirtschaftsregion Köln/Bonn liegt dieser Wert bei zehn. Die untersuchten Regionen Münster und Metropole Ruhr liegen bei den Werten von jeweils knapp unter fünf ebenfalls über dem NRW-Durchschnitt.

Dramatische Zunahme bei Privatinsolvenz

Die Zahlen zu Betriebsaufgaben bzw. Unternehmensinsolvenzen decken sich auch mit aktuellen Werten aus dem November 2021, die der Landesbetrieb IT.NRW erhoben hat. Im November 2021 wurden 9,4 Prozent weniger Unternehmensinsolvenzen als noch im Vorjahreszeitraum verzeichnet. Dramatisch ist hingegen die Entwicklung bei Verbraucherinsolvenzen (Arbeitnehmer, Rentner oder Erwerbslose). Hier stieg der Wert um 245,5 Prozent im Vergleich zum November 2020. IT.NRW führt diesen großen Anstieg auf das Ende 2020 beschlossene Gesetz zur weiteren Verkürzung der Restschuldbefreiung zurück. Daher hätten Betroffene drohende Insolvenzen noch etwas zurückgestellt.

Die anhaltenden Folgen der Pandemie könnten in der nächsten Zeit zu weiteren Insolvenzen von Betrieben führen. Eine Erhebung des ifo-Instituts vom Januar 2022 zeigt, dass bundesweit etwa jeder siebte Betrieb ums Überleben kämpft. „Immer noch besonders gefährdet fühlen sich die Reisebüros und -veranstalter mit 73,2 Prozent sowie Unternehmen aus der Veranstaltungswirtschaft mit 67,4 Prozent“, sagt Klaus Wohlrabe, Leiter der ifo-Umfragen. Die Not im Gastgewerbe ist ebenfalls sehr groß. Sowohl bei Restaurants und Gaststätten als auch bei Beherbergungsbetrieben fürchtet über die Hälfte um ihre Existenz.

Dramatisch ist die finanzielle Situation auch für viele Soloselbstständige, Freiberufler und Kleinunternehmen. Wie für Einzelhändler und andere Unternehmen konnten auch sie Hilfszahlungen von Bund und Ländern beantragen. Wegen der anhaltenden Pandemie wurde die Rückzahlungsfrist von Soforthilfe-Empfängern nun verlängert. „Ziel des Soforthilfeprogramms des Landes Nordrhein-Westfalen war es von Anfang an: schnell, unbürokratisch und zielgerichtet den Menschen und Unternehmen zu helfen, die dringend unserer Liquiditätshilfe bedürfen. Aufgrund der anhaltenden Coronapandemie ist es notwendig, die Unternehmen weiterhin zielgerichtet zu unterstützen. Dies ist ein wichtiger Baustein, damit unser Land und unsere Wirtschaft die Krise meistern und gestärkt aus ihr hervorgehen können“, sagt NRWs Finanzminister Lutz Lienenkämper.

Christian Esser

STREIT UM TAXONOMIE

EU bewertet Gas- und Atomkraft als klimafreundliche Finanzanlagen

Foto: Christian Schwier - stock.adobe.com

Atomkraftwerke fördern oder nicht? Die Bundesregierung sagt "nein", die EU sagt "ja".

Welche Energieträger sind klimafreundlich und sollten finanziell gefördert werden? Die EU hat darüber lange debattiert. Dass Energie aus Wind oder Sonne richtig gut fürs Klima sind, daran besteht kein Zweifel. Doch Gas- und Atomkraft? Sind das wirklich saubere und ungefährliche Energiequellen? Die EU sagt ja, die Bundesregierung sagt nein.

Die gesamte Europäische Union will bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, braucht es viel Geld. Die EU schätzt, dass 350 Milliarden Euro für Investitionen dafür notwendig werden. Über die Regelungen zur Taxonomie soll Anlegern dabei geholfen werden, ihr Geld möglichst in umwelt- und klimafreundliche Energiequellen und Wirtschaftsbereiche zu investieren. Besonders private Anleger sollen von der Taxonomie angesprochen werden und in den letzten Jahren gewinnen „grüne Fonds“ und Investments an den Finanzmärkten zunehmend an Bedeutung und Beliebtheit, insbesondere bei jungen Menschen. Ein sogenanntes „Greenwashing“, also eine Art Etikettenschwindel, nach dem Anlagen als deutlich grüner angepriesen werden, als sie letztlich sind, soll durch feste Standards verhindert werden. Das ist generell erst einmal gut und hilft den Anlegern. Doch längst nicht alle Standards, die die EU gesetzt hat, stoßen auf breite Zustimmung, im Gegenteil: Dass Gas- und Atomkraft nun auch zu diesen klimafreundlichen Anlageformen zählen sollen, stößt der Bundesregierung übel auf. Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck kritisiert die Regelungen: „Wir haben wiederholt deutlich gemacht, dass wir die Einbeziehung von Atomenergie in die Taxonomie für falsch halten. Atomenergie ist risikobehaftet und teuer; auch neue Reaktorkonzepte wie Mini-Reaktoren bringen ähnliche Probleme mit sich und können nicht als nachhaltig eingestuft werden. Das Ganze konterkariert das gute Konzept der Taxonomie und läuft ihren Zielen zuwider.“ Auch Bundesumwelt- und Verbraucherschutzministerin Steffi Lemke äußerte sich kritisch zur Einschätzung der EU: „Wie eine Reihe anderer EU-Mitgliedstaaten lehnt die Bundesregierung die Aufnahme von Atomenergie in die Taxonomie klar ab. Atomkraft ist nicht nachhaltig, mit immensen Risiken verbunden, sie ist zu teuer und die Planungs- und Bauprozesse dauern viel zu lange, als dass sie noch einen Beitrag zum Ziel der Klimaneutralität leisten könnte. Atomkraft als nachhaltig zu bezeichnen widerspricht dem Nachhaltigkeitsverständnis der Verbraucher und Verbraucherinnen in Deutschland und in anderen europäischen Mitgliedstaaten.“

Auswirkungen für grüne Geldanlagen?

Laut einer Umfrage des Preisvergleichsportals Verivox sind 61 Prozent der Deutschen gegen die Einstufung von Gas- und Atomkraft als nachhaltige Geldanlage. Dass nachhaltige Finanzprodukte weder in Gas- noch in Atomkraft investiert werden sollten, sagen 36 Prozent der Befragten. 19 Prozent sehen Investitionen in Gaskraftwerke als akzeptabel an, nur sechs Prozent halten umgekehrt Investitionen in Atomkraft für sinnvoll. 21 Prozent der Befragten sehen den eingeschlagenen Taxonomie-Kurs der EU zur finanziellen Förderung von Gas- und Atomkraft als sinnvolle und klimafreundliche Geldanlage an. „Die Idee hinter der EU-Taxonomie, verbindliche Kriterien für klimafreundliches und nachhaltiges Wirtschaften zu definieren, ist absolut richtig“, sagt Oliver Maier, Geschäftsführer der Verivox Finanzvergleich GmbH. „Aber mit der Einstufung von Gas- und Atomkraft als klimafreundliches Investment erweist die EU-Kommission der Glaubwürdigkeit von nachhaltigen Geldanlagen einen Bärendienst.“ Eine große Mehrheit der Befragten stehen nachhaltigen Geldanlagen wohlwollend gegenüber. 80 Prozent der Umfrageteilnehmer interessieren sich für Finanzprodukte, bei denen Geld an Betriebe und Projekte geht, die ökologische, soziale sowie ethische Mindeststandards erfüllen. Zwei Drittel davon geben sogar an, dass sie bei solchen Anlagen zugunsten der Umwelt und Nachhaltigkeitsstandards Einbußen bei Renditen in Kauf nehmen würden.

Christian Esser

MITTEL GEGEN FACHKRÄFTEMANGEL

Wieso es ohne Migration nicht funktioniert

Foto: littlewolf1989 - stock.adobe.com

Ohne engagierte LKW-Fahrer, mit oder ohne Migrationshintergrund, bleiben Regale in Geschäften leer

Wer die Konjunkturumfragen vergangener Jahre verfolgt hat, stellt fest, dass eins der größten Probleme, das Unternehmen benennen, der Fachkräftemangel ist. Tausende Stellen können nicht passend besetzt werden. Seit Jahren wird nach Lösungsansätzen gesucht. Die Coronapandemie hat den Fachkräftemangel sogar noch verstärkt.

Händeringend suchen Unternehmen nach gut ausgebildeten Fachkräften. Für IHK-Hauptgeschäftsführer Uwe Vetterlein ist klar: „Wir müssen alle Kraft in die Ausbildung junger Leute stecken." Bei den Herausforderungen für das aktuelle und die kommenden Jahre steht der Fachkräftemangel ganz oben auf der Agenda. „Die Coronapandemie hat die Entwicklung noch einmal verschärft, immer weniger junge Menschen entscheiden sich für eine duale Berufsausbildung. Gerade diese Fachkräfte werden jedoch händeringend gesucht. Wir schaffen den Umbau zu einer klimagerechten und ressourcenschonenden Wirtschaft nicht ohne Fachkräfte", mahnt Vetterlein. Damit sich wieder mehr Menschen für eine duale Berufsausbildung entscheiden, setzt die IHK Köln auf niederschwellige und individuelle Angebote. Vetterlein: „Wir gehen auf die Schulhöfe, informieren Eltern, unsere Ausbildungsbotschafter sind in den Schulklassen, wir beraten ohne Termin und haben hoffentlich auch wieder viele Speed-Datings etc. Eine Ausbildung bietet nur Vorteile: Die jungen Leute arbeiten im Team, verdienen Geld, haben herausragende Zukunftschancen und können im Anschluss immer noch ein Studium beginnen bzw. den Fachwirt oder Meister machen. Eine Berufsausbildung nach der Schule sollte eigentlich wieder zur Selbstverständlichkeit werden!"

Die Situation beim Fachkräftemangel ist je nach Branche unterschiedlich ausgeprägt. Besonders heftig trifft es derzeit das Gastronomiegewerbe. Viele ausgebildete Arbeitskräfte haben der Branche in der Pandemie den Rücken gekehrt. Viele gelernte Servicekräfte und Köche empfinden die Gastronomie nicht mehr als krisenfesten Arbeitsplatz. Viele wechselten aus der Gastronomie bspw. in Supermärkte und arbeiten dort in der Warenverräumung oder an der Kasse. Die schon vor der Pandemie angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich dadurch noch einmal verschlimmert. Zwar dürfen Gastronomien wieder Gäste empfangen und bewirten, dennoch sind viele Betriebe aus Personalmangel gezwungen, tageweise zu schließen. Hinzu kommen Ausfälle durch Coronainfektionen.

Migration wichtiger Faktor für Arbeitsmarkt

Das Problem des Fachkräftemangels wäre noch deutlich größer, wenn nicht viele Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit im deutschen Arbeitsmarkt tätig wären. Supermarktregale würde leer stehen, zahlreiche Betriebe könnten nicht öffnen oder wichtige Waren fehlen. Ein Blick nach Großbritannien zeigt die Auswirkungen, gerade wenn Berufskraftfahrer aus dem Ausland fehlen, eine Folge des Brexits. Anstelle von frischem Obst und Gemüse bekamen Kunden lediglich Symbolbilder dieser Waren in den Geschäften zu sehen und an den Tankstellen fehlte Kraftstoff. Nur mithilfe des britischen Militärs und Ausnahmeregelungen für ausländische Fachkräfte entspannte sich die Lage wieder. Doch die Bilder aus Großbritannien könnten auch eine Blaupause für Deutschland darstellen.

Ohne Migranten im deutschen Arbeitsmarkt wären die Bilder aus Großbritannien wohl auch in Deutschland alltäglich, denn auch hier fehlen Berufskraftfahrer. Nach Erhebungen des IW Köln fehlten im Oktober 2019, also kurz vor Beginn der Coronapandemie in Deutschland, etwa 14.000 qualifizierte Berufskraftfahrer. Zwischenzeitlich waren es sogar über 24.000, wie eine IW-Studie zeigt.

Zu Beginn der Pandemie löste sich der Fachkräftemangel bei Berufskraftfahrern fast auf. Geschäfte mussten schließen, es wurden weniger Waren benötigt, die von A nach B gebracht werden mussten, entsprechend brauchte es auch weniger Berufskraftfahrer. Lieferketten waren oder sind immer noch massiv gestört, Produktionsbänder stehen still oder laufen noch nicht wieder auf Vorkrisenniveau. Zeitweise hatte es rechnerisch keine unbesetzte Stelle in Deutschland gegeben, die nicht durch einen Arbeit suchenden Kandidaten hätte besetzt werden können. Doch dieser Zustand hielt nur kurz an. Mit zunehmenden Öffnungen und Erholung der Wirtschaft stieg der Fachkräftemangel schnell auf ein ähnliches Niveau wie vor der Coronapandemie an. Bereits im Oktober 2021 fehlten laut Be-

rechnungen des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung am IW wieder fast 12.000 offene Stellen. Diese Zahl dürfte künftig bei einer weiteren Erholung der Wirtschaft und einer Überwindung der Coronapandemie weiter steigen. Wären nicht bereits zahlreiche ausländische Berufskraftfahrer im Einsatz, wäre die Lage verheerend – Schilder an Tankstellen, die auf maximale Abnahmemengen hinweisen oder darauf, dass es dort nichts mehr zu holen gibt, wären an der Tagesordnung und ebenjene Symbolbilder von Waren in Supermärkten und Kaufhäusern, die man eigentlich dort erwarten würde. Jeder vierte qualifizierte Berufskraftfahrer hat eine ausländische Staatsangehörigkeit. Deutschlandweit sind fast 133.000 ausländische Berufskraftfahrer im Einsatz. Damit ist dies der beliebteste bzw. der meistgefragte Beruf für Menschen mit Migrationshintergrund. Die etwa 133.000 Berufskraftfahrer verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung in diesem Bereich.

Das zweite Branche, die bei Arbeitnehmern mit Migrationshintergrund besonders beliebt ist, ist die Gastronomie. Etwa 91.000 Fachkräfte im Gastronomieservice werden derzeit in Deutschland beschäftigt. Dies entspricht etwa einem Drittel aller Menschen, die in dieser Branche tätig sind. Nach den Auswirkungen der Pandemie ist der Fachkräftemangel groß. Laut IW-Studie fehlten im Oktober 2021 fast 4.200 Fachkräfte in der Gastronomiebranche.

Migration federt Mangel ab

Wie groß die Bedeutung von Migration im Arbeitsmarkt ist, zeigt die IW-Studie „Ohne sie geht nichts mehr“ im Zusammenhang mit dem Ausbildungsmarkt. Bereits vor der Coronapandemie sank die Nachfrage für Ausbildungsberufe ab. Diese Entwicklung konnten Ausbildungsanfänger mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit bis Pandemiebeginn abfedern. Die Studienautoren schreiben dazu: „Im Jahr 2019 gab es fast 60.000 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge von Jugendlichen mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit, also doppelt so viel wie noch im Jahr 2009 mit circa 30.000 Verträgen. Die Zahl der Ausbildungsanfänger_innen mit einer Staatsangehörigkeit eines der Top-8-Asylherkunftsländer hat sich sogar verzwanzigfacht, von circa 1.000 im Jahr 2009 auf fast 21.000 im Jahr 2019. Somit konnten Migrant_innen und Geflüchtete den Rückgang der Neuabschlüsse von 77.0000 unter den

Foto: andrey_orlov - stock.adobe.com

In der Pflege werden gezielt Fachkräfte aus dem Ausland angeworben

Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit zumindest teilweise, wenn auch nicht komplett, abfedern. Für die Besetzung von Ausbildungsstellen und die Sicherung des Fachkräftenachwuchses spielen Menschen nicht deutscher Staatsangehörigkeit somit eine zunehmend wichtige Rolle.“

Rekrutierung ausländischer Fachkräfte

Trotz der schwierigen Bedingungen durch die Coronapandemie ist es der Bundesagentur für Arbeit im vergangenen Jahr gelungen, die Rekrutierung von Fachkräften im Ausland weiter zu intensivieren. Die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung der Arbeitsagentur konnte im Jahr 2021 mehr als 3.200 Arbeitskräfte aus dem Ausland bei ihrer Arbeitsaufnahme in Deutschland unterstützen. Im ersten Pandemiejahr 2020 lag die Zahl noch bei etwa 2.500. Grundlage für die Steigerung waren unter anderem neue Vermittlungsabsprachen nach dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz mit Indonesien und Kerala, einem indischen Bundesstaat aus dem vergangenen Jahr. Hierüber wurden vor allem Pflegekräfte im Rahmen des Programms „Triple Win“ angeworben. Darüber hinaus wurden Absprachen mit Mexiko und Kolumbien unterzeichnet. Zielberufe sind hierbei Pflegekräfte, Köche sowie Elektroniker und Gärtner. Im Bereich der Landwirtschaft konnten ebenfalls Erfolge vermeldet werden. Deutschland hat einen großen Bedarf an saisonalen Erntehelfern. Basierend auf Vermittlungsabsprachen aus dem Jahr 2020 konnten im vergangenen Jahr erste georgische Saisonarbeitnehmer einreisen, mit der Republik Moldau wurde ebenfalls eine Vereinbarung unterzeichnet. Um die Migration von Fachkräften zu erleichtern, arbeitet die Bundesagentur für Arbeit unter anderen mit der DIHK und dem ZDH an Projekten, über die im vergangenen Jahr erste Fachkräfte in Deutschland begrüßt werden konnten. Qualifizierte Arbeitskräfte werden dazu unter anderem bereits im Ausland sprachlich auf ihre neue Tätigkeit in Deutschland vorbereitet und beim Einreiseprozess begleitet.

Christian Esser

Foto: U. J. Alexander - stock.adobe.com

Erntehelfer helfen dabei, dass Salat, Obst und Gemüse rechtzeitig geerntet wird

Anzeige

ERSTMALIG UND EINZIGARTIG

Eine Woche lang dreht sich in Köln alles um die berufliche Bildung

Foto: Thapana - stock.adobe.com

Sich umfassend informieren: ANALOG, HYBRID oder VIRTUELL

Erstmals dreht sich bei der Kölner Woche der beruflichen Bildung – vom 21. bis 26. März 2022 – in Köln und dem Umland alles um das Thema Weiterbildung. Dies ist in der Tat einzigartig in ganz Deutschland. Die „Qualitätsgemeinschaft Berufliche Bildung Region Köln e. V." hat zusammen mit der Industrie- und Handelskammer Köln, der Handwerkskammer Köln, der Arbeitsagentur und dem Jobcenter Köln sowie der Stadt Köln als Veranstaltergemeinschaft dieses Projekt ins Leben gerufen.

Viele Bildungseinrichtungen der Qualitätsgemeinschaft nehmen an dieser Woche teil und informieren Interessierte über das umfangreiche und vielfältige Bildungsangebot ihrer Mitglieder in der Kölner Region. Zum ersten Mal haben Interessierte die Möglichkeit, sich eine ganze Woche lang über Weiterbildungen, Umschulungen, Coachings etc. zu verschiedensten Themenbereichen und unterschiedlichen Durchführungsformen zu informieren. Neu sind bei dieser „Messealternative" nicht nur die Dauer von einer Woche, sondern auch die Teilnahmemöglichkeiten, und zwar vor Ort, bei den Anbietern, sowie in digitaler Form von zu Hause oder vom Arbeitsplatz aus. Dies macht es für Berufstätige sowie nicht Berufstätige spürbar interessanter und nutzbarer als übliche Messen.

Die Qualitätsgemeinschaft, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, für Qualität und Transparenz in der Weiterbildung zu sorgen, ist ein eingetragener Verein mit mittlerweile über 110 überwiegend privaten Bildungseinrichtungen im IHK-Bezirk Köln. Dazu gehören die Städte Köln und Leverkusen, der Rhein-Erft-Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis sowie der Oberbergische Kreis.

Fast alle Bildungsbereiche abgedeckt

Durch die Vielzahl und Vielfalt der Bildungsanbieter werden so gut wie alle Bildungsbereiche abgedeckt. Kaufmännische, gewerblich-technische und handwerkliche, soziale und pflegerische Bereiche befinden sich ebenso darunter wie Fremdsprachen sowie Führungs- und Sozialkompetenzen. Unterschiedliche Ziele werden ebenfalls berücksichtigt, sei es in Form von Anpassungsweiterbildungen, Aufstiegsfortbildungen, Umschulungen, Nachholen eines Berufsabschlusses oder speziellen individuellen Coachings. Interessant sind auch die erweiterten Angebote an Lernformen durch digitale und hybride Unterrichtsvarianten neben dem Präsenzunterricht.

Die Veranstaltergemeinschaft bietet darüber hinaus Information und Beratungen zu folgenden Themen bzw. Fragen an: „Gibt es staatliche Förderungen bei meiner Wunschqualifizierung?", „Welche Abschlüsse sind anerkannt und welche nicht?" oder: „Welche Weiterbildung ist die richtige für mich?"

Dank der neuen technischen Möglichkeiten einer virtuellen Begegnung des einfach zu bedienenden Chatportals kann man sowohl von seinem Arbeitsplatz als auch von zu Hause aus an vielen Informationsangeboten und Präsentationen teilnehmen – besonders interessant und praktikabel u. a. für Personalentscheider bzw. Personalentwickler in Unternehmen. Weitere Informationen gibt es auf www.webmessen.de/koelner-woche.

Grafik: KINGWIN - stock.adobe.com

Gastautor:
Thomas Frey,
Vorstand der Qualitätsgemeinschaft

DIE WIRTSCHAFTS-AKADEMIE AM RING

... gehört zu den führenden Bildungsanbietern in der Kölner Region.

Seit 23 Jahren ist die Wirtschaftsakademie Am Ring erfolgreich mit Anpassungsweiterbildungen, Aufstiegsfortbildungen, kaufmännischen Umschulungen sowie Coachings tätig.

Mit ihrem Weiterbildungsangebot ist die Akademie stets am Puls der Zeit, sowohl in Bezug auf digitale Themen als auch auf digitale Lernformen. Und das Beste: Bei Umschulungen stattet sie alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen mit einem Acer-2-in-1-Notebook mit Tablet-Funktion aus. So sind die Teilnehmenden sogar im modernen Präsenzunterricht bestens digital ausgestattet.
Die Wirtschaftsakademie war die erste Bildungseinrichtung, die im Zusammenhang mit ihrem ersten JobSpeedDating in Köln im Jahr 2010 Einzelcoachings eingeführt hat, die seitdem in vielen Bereichen deutschlandweit angewandt werden.

Nicht nur die besondere Lage der Akademie, da wo der Ring auf den Rhein trifft (gegenüber der Bastei), ist bemerkenswert, sondern auch die hohe Qualität und Aktualität der Weiterbildungsangebote. Dafür wurde sie vom Focus Magazin mehrfach bei einer bundesweiten Online-Analyse von 20.000 Bildungseinrichtungen in Deutschland zu den 340 TOP-Anbietern eingeordnet.

Ausgezeichnet mit dem Exzellenzprädikat

Doch damit nicht genug, erreichte sie innerhalb der 340 Top-Anbieter die höchste Punktegruppe und wurde mit dem Exzellenzprädikat ausgezeichnet. Ebenfalls vom Focus Magazin wurde sie mit der Auszeichnung als hervorragender Arbeitgeber prämiert. Gute Bildungsprodukte, hohe Qualität, wertiger Umgang miteinander sind oberstes Prinzip der Akademieleitung.

Die Wirtschaftsakademie ist Ende letzten Jahres der Constellation Academy Group beigetreten, einer Gruppe erfolgreicher Bildungseinrichtungen in Deutschland. Die gemeinsame Arbeit in der Gruppe mit vielfältigen Synergie- und Kooperationsmöglichkeiten ist ein weiterer Meilenstein für neue Bildungsangebote, anspruchsvolle Qualitätsentwicklung und moderne Lerntechniken.
Machen Sie sich selbst ein Bild, kommen Sie vorbei und schauen sich die modernen Schulungsräume und den Unterricht vor Ort an. Lassen Sie sich Ihre Fragen ausführlich beantworten, genießen Sie die Atmosphäre und ... natürlich die beeindruckende Lage und den Blick auf den Rhein.

FOCUS TOP ANBIETER FÜR WEITERBILDUNG 2022

GESTALTEN SIE IHRE BERUFLICHE LAUFBAHN - HIER UND JETZT!

UNSER LEISTUNGSSPEKTRUM

UMSCHULUNGEN (IHK)
VOLLZEIT I 2 JAHRE

- KAUFMANN/FRAU IM E-COMMERCE
- INDUSTRIEKAUFMANN/FRAU
- KAUFMANN/FRAU FÜR BÜROMANAGEMENT
- KAUFMANN/FRAU IM GROSS- & AUSSENHANDEL
- KAUFMANN/FRAU FÜR MARKETINGKOMMUNIKATION
- KAUFMANN/FRAU FÜR DIGITALISIERUNGSMANAGEMENT
- VERANSTALTUNGSKAUFMANN/FRAU (EVENT-MANAGER/IN)

AUFSTIEGSFORTBILDUNGEN (IHK)
BERUFSBEGLEITEND
12-15 MONATE

- BETRIEBSWIRT/IN
- WIRTSCHAFTSFACHWIRT/IN
- VERANSTALTUNGSFACHWIRT/IN

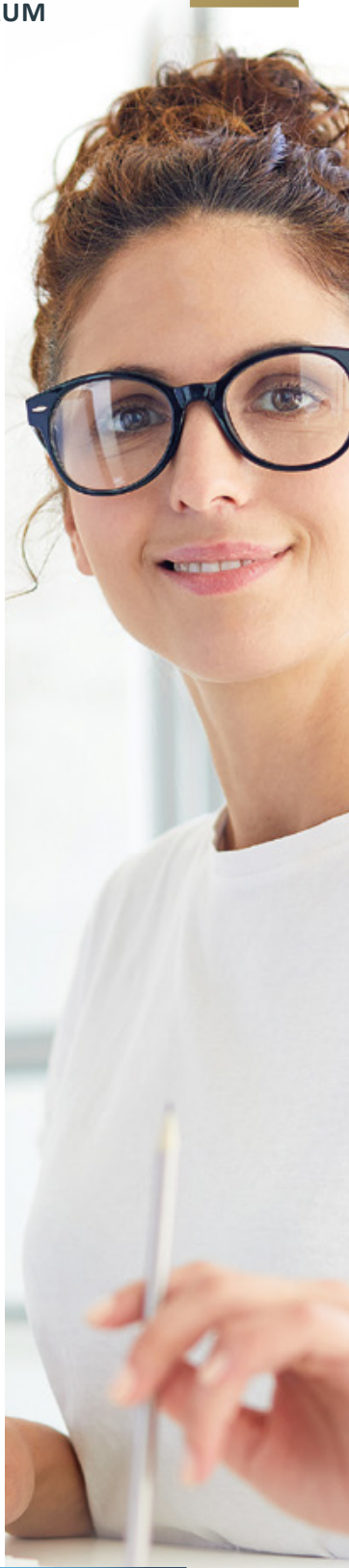
ZERTIFIKATSSEMINARE (IHK)
VOLLZEIT I 5-6 TAGE

- KI-MANAGER/IN
- PROZESS-MANAGER/IN
- DIGITAL TRANSFORMATION-MANAGER/IN
- DIGITAL MEDIA-MANAGER/IN (CROSS-MARKETING)
- VORBEREITUNG AUF DIE AUSBILDEREIGNUNGSPRÜFUNG GEM. AEVO (IHK ODER HWK)

AVGS-EINZELCOACHINGS
INDIVIDUELL NACH ABSPRACHE

- JOBCOACHING PLUS
- JOBCOACHING 50 PLUS
- JOBCOACHING FÜR FRAUEN
- JOBCOACHING FÜR AKADEMIKER
- INDIVIDUELLES BEWERBUNGS-COACHING

A-COMPETENCE-PROFILING



BILDUNGSWOCHE VOM 21.-26.03.2022
INFOS & ANMELDUNG UNTER WWW.AKADEMIE-KOELN.DE

WIRTSCHAFTS AKADEMIE AM RING

Wirtschaftsakademie Am Ring GmbH | Konrad-Adenauer-Ufer 79-81
50668 Köln | Tel: 0221 35 50 50 3-0 | Fax: 0221 35 50 50 3-19
mail@akademie-koeln.de | www.akademie-koeln.de

Anzeige

DER MENSCH IM MITTELPUNKT

Seit über 50 Jahren ermöglicht das Kolping-Bildungswerk Köln Menschen eine ihren Anlagen entsprechende Bildung

Fotos: Kolping Bildungswerk

Das Kolping-Bildungswerk Köln wurde 1971 gegründet und ist Teil des weltweiten Kolpingwerkes.

Das Kolping-Bildungswerk Köln (KBW), gegründet 1971, ist Teil des weltweiten Kolpingwerkes. Als Sozialunternehmen mit den Geschäftsbereichen Erwachsenenbildung für Privat- und Firmenkunden, öffentlich geförderte Arbeitsmarktdienstleistungen, offene Ganztags- und Übermittagsbetreuung sowie ehrenamtlich verantwortete Bildungsarbeit trägt das Kolping-Bildungswerk Köln die Idee Adolph Kolpings (1813-1865) in die heutige Zeit. Menschen unabhängig ihrer Nationalität, ihres Bekenntnisses, ihres Geschlechtes oder ihres Alters ermöglicht das KBW eine ihren Anlagen entsprechende Bildung und deren Vertiefung. Denn Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von zentraler Bedeutung und darf nicht weiterhin von der sozialen Herkunft abhängig sein. Zudem unterstützt das KBW Menschen in Lehrgängen, Seminaren und Einzelveranstaltungen bei der Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Dabei wird nicht auf Defizite geachtet, sondern auf das, was Menschen mitbringen.

Beim KBW steht der Mensch im Mittelpunkt. Ohne Wenn. Ohne Aber. Und das schon über 50 Jahre.

Mit seiner Arbeit will das Bildungswerk Hilfe zur Selbsthilfe geben, zur beruflichen Integration beitragen sowie Engagement und Partizipation in der Gesellschaft ermöglichen. Alle Menschen sollen sich in unserer Gesellschaft willkommen fühlen. Daher machen die engagierten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des KBW ihnen Mut, ihr Leben couragiert in die eigenen Hände zu nehmen.

Für das Kolping-Bildungswerk arbeiten aktuell rund 750 Menschen an 27 Standorten, die ca. 9.500 Teilnehmer und Teilnehmerinnen sowie Schüler und Schülerinnen pro Jahr erreichen. Der Ruf des KBW gründet sich auf zuverlässige Dienstleistungen, Kompetenz, Empathie und Verständnis.

ⓘ Weitere Informationen unter
Kolping-Bildungswerk
Diözesanverband Köln e. V.
Herr Ansgar Schuldenzucker
Präses-Richter-Platz 1a, 51065 Köln
ansgar.schuldenzucker@kbw-koeln.org
www.kbw-koeln.org

Beim KBW steht der Mensch im Mittelpunkt, unabhängig von Nationalität, Religion, Geschlecht oder Alter.

Das KBW ermöglicht Menschen eine ihren Anlagen entsprechende Bildung und deren Vertiefung.

AUSGEZEICHNET LERNEN

Qualifizierte Aus- und Weiterbildung über das ganze Berufsleben

Das Wirtschaftsmagazin „FOCUS-BUSINESS“ bewertet seit 2019 jährlich über 20.000 Anbieter von Erwachsenenbildung in Deutschland. Die Rhein-Erft Akademie ist bereits zum dritten Mal in Folge unter den 340 ausgewählten Weiterbildungsanbietern mit einem „sehr gut“ ausgezeichnet worden. Die Rhein-Erft Akademie steht für qualifizierende Berufsbildung über das gesamte Berufsleben hinweg. Sie fördert ihre Kunden praxis- und unternehmensorientiert bei der kontinuierlichen beruflichen Entwicklung über Ausbildung und Weiterbildung bis hin zum Studium.

Vom breiten Spektrum an Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich technischer, naturwissenschaftlicher und kaufmännischer Berufe profitieren erfahrene Arbeitnehmer und -innen, die sich beruflich fit halten wollen, ebenso wie Berufseinsteiger und -innen, die eine Perspektive für Ausbildung und Karriere suchen. Wohin Sie beruflich auch wollen, bei der Rhein-Erft Akademie finden Sie die geeignete Qualifizierungsmaßnahme, die Sie weiterbringt.

Berufsbegleitende Weiterbildungen

... bieten wir mit anerkannten IHK-Abschlüssen als Meister/-in, Fachmeister/-in, in folgenden Bereichen: Chemie, Elektrotechnik, Mechatronik, Metall, Logistik, Kraftwerk. Wenn Sie im Bereich Fachwirt/-in, Betriebswirt/-in oder Ausbilder/-in eine Fortbildung machen möchten, bieten sich die folgenden Weiterbildungen an: Wirtschaftsfachwirt/-in, Personalfachkaufleute, Fachwirt/-in Marketing, Geprüfte/-r technische/-r Betriebswirt/-in, Geprüfte/-r Betriebswirt/-in.

Selbstverständlich können Sie auch die Vorbereitung auf die Prüfung zum Nachweis berufs- und arbeitspädagogischer Qualifikationen bei uns erhalten. Die Ausbildereignungsprüfung (AEVO) bieten wir zusätzlich auch als Online-Kurs „AEVO Digital“ an.

Berufsbegleitende Studiengänge:

Bei uns können Sie sich außerdem für die Studiengänge Bachelor Prozesstechnik (B. Eng.), Bachelor Verfahrens- und Prozesstechnik (M. Eng.) und Bachelor Wirtschaftsingenieur (B. Sc.) einschreiben.

FIT FÜR DIE ZUKUNFT!
Ihr Bildungsanbieter für jeden Lebensabschnitt.
www.rhein-erft-akademie.de

RHEIN-ERFT AKADEMIE

Foto: timonina - stock.adobe.com

Lipome wachsen in der Regel langsam und werden meist wenige Zentimer groß. Häufig sind sie an Armen und Beinen zu finden.

NICHT SCHÖN, ABER SELTEN GEFÄHRLICH

Lipome sind zumeist harmlos, sollten aber von einem Spezialisten untersucht werden

Sie sind häufig zu finden, aber besorgniserregend sind sie in der Regel nicht. Die Rede ist von gutartigen Tumoren des Fettgewebes, den Lipomen. Lipome sind Knubbel unter der Haut, die überall am Körper auftreten können. Häufig bilden sich Lipome an den Armen, Oberschenkeln oder am Rücken. Statistisch hat jeder siebte Mensch mindestens ein Lipom. Männer sind häufiger betroffen als Frauen.

Lipome bestehen aus Fettgewebszellen, die von einer Kapsel aus Bindegewebe eingeschlossen sind. Sie gehören zu den Weichteiltumoren und werden auch als Fettgeschwulst bezeichnet. Die Größe von Lipomen ist sehr unterschiedlich, die meisten jedoch haben einen Durchmesser von weniger als 5 Zentimeter. Nur circa 1 Prozent der Lipome sind größer als 10 Zentimeter im Durchmesser. Beschwerden verursachen Lipome meistens nicht. Und dennoch sollte man sie nicht einfach ignorieren. Denn etwa 1 Prozent sind bösartige Liposarkome. Liposarkome treten häufiger ab dem 50. Lebensjahr auf und bilden sich vorwiegend am Rücken und im Nacken. Wer also unter seiner Haut einen Knoten entdeckt, sollte dies abklären lassen.

Die Ursachen sind unklar

Warum sich bei einigen Menschen Lipome bilden und bei anderen nicht, ist bislang noch nicht geklärt. Auch die Frage, ob Diabetiker oder Menschen mit Stoffwechselerkrankungen vermehrt zur Bildung von Lipomen neigen, ist noch nicht geklärt. Genetische Ursachen werden dann vermutet, wenn viele Geschwulste gleichzeitig auftreten oder wenn sich Fettgewebe diffus vermehrt, wenn also eine sogenannte Lipomatose vorliegt. Zumindest bei einer Lipomatose scheint es einen Zusammenhang mit Diabetes bzw. Stoffwechselerkrankungen zu geben. Außerdem scheint eine Verbindung zwischen Alkoholmissbrauch und Lipomatose zu bestehen. Fettleibigkeit spielt nur bei einer speziellen Form der Lipomatose eine Rolle, die vorwiegend Frauen mit Adipositas im mittleren Alter trifft. Ansonsten hat ein Lipom nichts mit dem Gewicht zu tun. Auch bei schlanken Menschen kann sich ein Lipom entwickeln.

Diagnostik

Ein Lipom lässt sich gut erkennen und gut ertasten, wenn es direkt unter der Haut liegt: eine runde oder ovale Beule, die sich mit den Fingerspitzen gut verschieben lässt. Ein Lipom fühlt sich recht weich bis prall und gummiartig an, beim Berühren schmerzt der „Knubbel“ in der Regel nicht. Die Haut darüber sieht ganz normal aus und ist weder gerötet noch erwärmt. Meistens kommt ein Lipom im Schulter-Nacken-Bereich, Rücken, Armen oder Beinen vor. Gesicht, Kopfhaut, Hände oder Füße sind nur selten befallen. Meist wachsen Lipome sehr langsam und werden in der Regel nur wenige Zentimeter groß. Fühlt sich die Fettbeule jedoch fest und hart an, wächst sie sehr schnell oder lässt sich nicht hin- und herschieben, dann sollte ein Spezialist aufgesucht werden.

Der Spezialist kann ein Lipom diagnostizieren, indem er die Geschwulst optisch untersucht und abtastet. Zur Absicherung der Diagnose bietet sich ggf. eine Ultraschalluntersuchung an, bei großen, tiefer liegenden Lipomen unter Umständen auch ein MRT. Lässt sich die Beule nicht gut hin- und herbewegen, dann kann das ein Hinweis darauf sein, dass die Geschwulst in das umliegende Gewebe gewuchert und bösartig ist. Sehr selten nämlich kann ein Lipom zu einem Liposarkom, einem bösartigen Tumor, entarten. Eine Biopsie, ggf. im

Sinne einer vollständigen Entfernung des Tumors, bei der eine Gewebeprobe für eine mikroskopische Untersuchung entnommen wird, kann dann klären, ob es sich um eine bösartige Wucherung handelt.

Wie lassen sich Lipome behandeln?

Solange Lipome keine Beschwerden verursachen und kein Verdacht auf bösartige Veränderungen besteht, müssen sie nicht behandelt werden. Wenn eine Behandlung erfolgen soll, so kann das nur operativ erfolgen. Denn nach heutigem Wissensstand gibt es keine Möglichkeit, Lipome durch Maßnahmen wie Ernährungsumstellung, Abnehmen oder Massage zu verhindern oder auf ihr Wachstum Einfluss zu nehmen, etwa durch Salben oder Medikamente. Und: Ein Lipom verschwindet nicht von allein, es wächst in der Regel weiter.

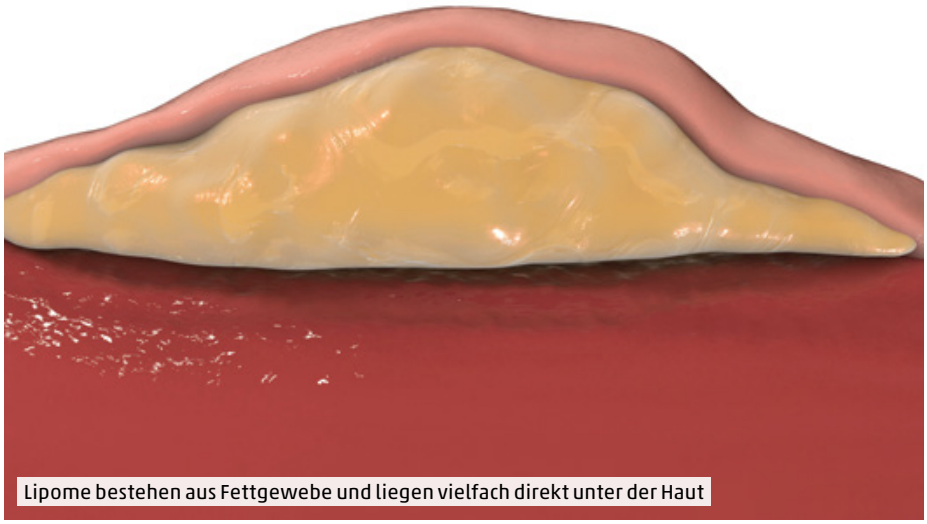
Eine Frage der Ästhetik

Viele Betroffene fühlen sich optisch von dem „Knubbel" gestört – besonders, wenn das Lipom an einer gut sichtbaren Stelle am Körper sitzt. Dann hat eine Behandlung rein kosmetische Gründe. Wer sich an seinem Lipom stört, der sollte einen Spezialisten aufsuchen, denn entfernt werden kann ein Lipom nur operativ. Dazu stehen unterschiedliche Vorgehensweisen zur Verfügung, deren Wahl davon abhängt, an welcher Körperstelle und in welcher Tiefe sich das Lipom befindet und wie groß es ist. Generell lassen sich Lipome gut operativ entfernen: Da der „Fettknubbel" von einer feinen Kapsel umgeben und nicht mit der Umgebung verwachsen ist, reicht häufig ein kleiner Schnitt und die Geschwulst kann als Ganzes herauspräpariert werden. Etwas aufwendiger ist ein subfasziales oder muskuläres Lipom zu entfernen, da es zunächst unter dem Bindegewebe oder Muskel freigelegt werden muss.

Der Eingriff erfolgt in der Regel ambulant unter örtlicher Betäubung. Wenn das Lipom tiefer liegt oder größer ist oder mehrere Lipome entfernt werden müssen, kann eine Narkose nötig sein. Wichtig ist bei einer Entfernung des Lipoms, dass die komplette Geschwulst mit ihrer feinen Bindegewebskapsel beseitigt wird, weil sich sonst nach einiger Zeit an der gleichen Stelle ein neues Lipom bilden kann. Zudem muss die Wunde mehrschichtig vernäht werden, damit sich keine Hohlräume unter der Haut bilden, ggf. ist auch die Einlage einer Wunddrainage notwendig. Je weiter an der Oberfläche sich das Lipom befindet, desto einfacher ist der Eingriff. Bei operativen Lipom-Entfernungen, die nicht aus medizinischen, sondern aus ästhetischen vorgenommen werden sollen, sollte immer beachtet werden, dass meist eine kleine Narbe bleibt.

Medizinische Gründe für eine Entfernung des Lipoms

Auch wenn Lipome in der Regel harmlos sind, so können sie dennoch Beschwerden verursachen. So können in seltenen Fällen Lipome aufgrund ihrer Lage oder ihrer Größe Schmerzen verursachen. Wächst ein Lipom an stark belasteten Hautstellen, wie beispielsweise am Ellenbogen, kann es unter Umständen die Bewegung einschränken oder stören.



Lipome bestehen aus Fettgewebe und liegen vielfach direkt unter der Haut

Illustration: Dr_Microbe - istockphoto.com

Foto: Alex Weis

Gastautor: Dr. med. Gregor Landwehrs, Facharzt für Plastische und Ästhetische Chirurgie/Handchirurgie, Operateur in der Klinik LINKS VOM RHEIN

ERNTEFRISCH VERARBEITET 100% aus Österreich

Hochwertige Aronia Produkte von

ARONIALAND
DAS ORIGINAL AUS ÖSTERREICH

Aronia Bio-Saft 4.9/5 SEHR GUT Apotheke.BLOG 03/2021 Aronialand

Die beste Medizin ist die Natur

AUSTRIA Bio GARANTIE AT-BIO-301 ... zertifiziert!

Bestellung:
+43 5373-20600
Info: +43 699 8168 5122
office@aronialand.at

www.aronialand.at

KÄSE AUS DEM LABOR

Ein deutsches Start-up revolutioniert den Markt des pflanzlichen Käses

Fotos: Formo

Das deutsche Start-up Formo produziert bald in Rheinbach bei Bonn Käse aus dem Labor

Mit einem Series-A-Funding von umgerechnet 42 Millionen Euro ist Formo derzeit das am höchsten je finanzierte Food-Tech-Start-up Europas. Das in Berlin und Rheinbach sitzende Start-up hat eine Technologie entwickelt, mithilfe derer künftig veganer Käse trotz gleicher Produkteigenschaften wie tierischer Käse ganz ohne Kuh auskommt.

Die Anzahl vegan lebender Menschen in Deutschland wächst. Laut der Allensbacher Markt- und Werbeträger-Analyse ordneten sich 2020 etwa 1,13 Millionen Bundesbürger selbst als Veganer ein oder als jemand, der weitgehend auf tierische Produkte verzichtet. Das sind 180.000 mehr als im Vorjahr.

Und auch Lebensmitteltrendprognosen führender Marktforschungsunternehmen bestätigen: Pflanzenbasierte Ernährung liegt im Trend. Laut Innova Market Insights spielen Ersatzprodukte für Fleisch, Fisch und Milchprodukte dieses Jahr eine essenzielle Rolle. Und das nicht nur bei Veganern. Auch Flexitarier suchen – meist aus ökologischen oder gesundheitlichen Gründen – immer häufiger nach pflanzlichen Alternativen. Doch auch wenn die Auswahl pflanzlicher Käsealternativen in den vergangenen Jahren zugenommen hat, weisen viele der aktuell erhältlichen Produkte mindestens zwei Schwachstellen auf. Da wäre einerseits die meist lange Zutatenliste, in der sich ein Stabilisator nach dem nächsten Emulgator drängt, und andererseits die Textur. Denn Fett allein erzeugt keinen Schmelz, der für viele Käseliebhaber essenziell ist. Dieser Problematik war sich auch Raffael Wohlgensinger bewusst, als er sich vor wenigen Jahren fragte, wie man den perfekten veganen Käse ganz ohne tierische Hilfsmittel produzieren könne. Für sein Projekt suchte er nach wissenschaftlicher Unterstützung, die er in Dr. Britta Winterberg fand, einer Molekularbiologin, die zusammen mit Wohlgensinger 2019 Formo gründete. Aus einer Datenbank zogen sich die beiden Gründer die Gen-Sequenz der Kuh und kodierten die Abschnitte für die Milchproteine. Diesen genetischen Bauplan fügt Formo in das Erbgut von Bakterien, Pilzen und Hefezellen ein. Die dadurch erzeugten Organismen werden in einem Nährmedium gehalten, mit pflanzlichen Kohlenhydraten gefüttert und konstant erwärmt, damit sie sich vermehren und Milchproteine bilden können.

Der so produzierte Käse hat demnach eine sehr ähnliche Zusammensetzung wie sein tierisches Pendant, nur sind dessen Fette und Kohlenhydrate pflanzenbasiert. Das Resultat ist ein Käse, dessen Reifegrad und Schmelzpunkt dem Kuhmilchkäse in nichts nachsteht. Mit dieser Methode könnte Formo den gesamten Milchmarkt abdecken: von Frischkäse über Schmelzkäse, Hartkäse bis hin zum Schimmelkäse. Auch Joghurt oder Eiscreme könnten produziert werden. All diese Produkte kommen lactosefrei daher, da ihnen pflanzenbasierter Zucker zugefügt wird. Aufgrund derselben Proteine wie die tierischen Produkte ist allerdings auch hier Milcheiweiß enthalten. Einen Proof of Concept gibt es bereits.

Während das Fooddesign und Businessdevelopment in Berlin sitzt, arbeitet das Biologenteam in Rheinbach bei Bonn. Hier wird mithilfe des Fundings auch die Pilotfabrik gebaut, in der erstmals größere Mengen an Milchproteinen hergestellt werden. Die geplante Massenproduktion wird später von Auftragsfertigern übernommen, die die „Milchprodukte“ für die Marke Formo produzieren. Käsesorten wie Weichkäse und Mozzarella wurden im Labor schon produziert, als Nächstes wagt sich Formo an gereifte Käsesorten wie Gruyère oder Emmentaler.

Bis die ersten Produkte hierzulande auf den Markt kommen, wird es voraussichtlich noch ca. zwei bis drei Jahre dauern. Milchprodukte aus Fermentern als sogenanntes Novel Food müssen eine umfangreiche Zulassung bei der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit durchlaufen, die ca. 18 Monate lang dauert. Der Antrag dafür wird noch dieses Jahr eingereicht. 2023 sollen erste alternative Käsesorten jedoch in Singapur auf den Markt kommen, da die Zulassung neuer Produkte dort erheblich schneller geht.

Jana Leckel

ⓘ Weitere Infos unter: www.formo.bio

Beim Concept of Proof wurden bereits Weichkäse im Labor produziert.

:(

In Ihrem Unternehmen ist ein Problem aufgetreten.
Ihre Mitarbeiter beschäftigen sich wöchentlich 38 Minuten mit IT-Problemen am Arbeitsplatz.

Schwache IT-Performance ist teuer: Wenn schlechte Prozesse und defekte, langsame oder veraltete Technik den Workflow an digitalen Arbeitsplätzen beeinträchtigen, kostet das wertvolle Zeit, bares Geld und sorgt für demotivierte Mitarbeiter.
Das muss nicht sein. Wir kümmern uns um Ihre IT und deren Optimierung; um Hard- und Software, ganze Netzwerke, Telefonanlagen, Alarmanlagen und Videoüberwachung oder Ihre Datensicherheit. Von der akuten und strategischen Beratung, über den Vertrieb, bis hin zu Umsetzung und Service. Das klingt gut? Dann sprechen Sie uns an.

smartworx – Brewig & Rocholl GbR
Zum Alten Wasserwerk 9, 51491 Overath

Telefon 02204 586120-18
E-Mail info@smartworx.de
Internet www.smartworx.de

smartworx®
IT-Beratung - Vertrieb - Service

GREIF&CONTZEN
IMMOBILIENMAKLER • IVD

BÜROIMMOBILIEN

Büroimmobilien in Köln, Bonn und Umgebung

GERMAN PROPERTY PARTNERS
Hamburg • Berlin • Düsseldorf • Köln | Bonn • Frankfurt • Stuttgart • München

greifcontzen
greif-contzen.de